

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellsatz vierteljährlich 30 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 12893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die zespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M.  
Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 272.  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweihandläufe und alle Postanstalten entgegen.

## Berschärfung der Regierungskrise.

### Ein schnell erledigter Auftrag.

Herr Ebert hat den Führer der Stinnespartei, Herrn Dr. Heinze, am gestrigen Sonntag mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Zuerst hat Herr Heinze, wenn die Nachrichten richtig sind mit den Rechtssozialisten verhandelt. Reichsfinanzminister Müller und der Abgeordnete Lobe haben Herrn Heinze den abzuhandelnden Beschluß der sozialdemokratischen Reichskonferenz mitgeteilt, wonach diese an ein gezieltes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei nicht glaube. Herr Dr. Heinze hat darauf Herrn Ebert den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben. Daraus muß geschlossen werden, daß die Stinnespartei ohne die Rechtssozialisten keine Regierung bilden will. Ob sie freilich nicht auch in eine Regierung eintreten würde, an der keine Rechtssozialisten beteiligt sind, ist damit noch nicht gesagt.

Sowohl die Fraktion der Stinnespartei als die der Deutschnationalen hat gestern nachmittag getagelt. Ueber ihre Beschlüsse wird nichts bekannt; es sei denn, man nimmt die Meldung dafür, daß die Stinnespartei ein bürgerliches Wirtschaftsministerium als vorläufige Lösung betrachte.

Nach den neuen Meldungen wird angenommen, Ebert werde nunmehr Treiborn, den reaktionären Führer des Zentrums, mit der Regierungsbildung beauftragen.

Vollständig klar ist auch die Haltung der Rechtssozialisten nach ihrem Beschluß auf der gestrigen Konferenz nicht, trotz der Behauptung, mit den Vertretern der Stinnespartei eine Regierung zu bilden; es heißt in der Entscheidung, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Daraus kann oder könnte geschlossen werden, daß eine andere Koalition mit Bürgerlichen in Frage kommt. Am Schlusse heißt es dann: „Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokratie wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet.“ Also auch hier wird nur gesagt, diese Politik ist nicht fortzuführen, nicht aber, daß mit diesen Parteien endgültig gebrochen wird.

Ueber die Konferenz und die Vorgänge bei der Besprechung über die Regierungsbildung berichtet unser Berliner Korrespondent.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die konsequente Haltung der U. S. P. D. hat ihre allseitigen Folgen gezeigt. Die bürgerliche Regierung ist nunmehr gezwungen, da die Rechtssozialisten sich nicht haben entschließen können, in eine neue Koalition einzutreten. Die Konferenz der sozialdemokratischen Reichsfraktion und des Parteivorstandes, die gestern nachmittag stattfand, hat nach längeren Beratungen nach schweren Kämpfen folgende Resolution gegen 6 Stimmen angenommen:

„Die Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschließen sich am Sonntag in gemeinsamer Sitzung mit der Lage, die durch den Wahlausfall entstanden ist, einstimmig für die Überzeugung zum Ausdruck, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Erwerbsbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist. Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokratie wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet.“

Nach einer Rede des Reichsfinanzministers Müller, in der er sagte, daß es unmöglich sei, an der Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten festzuhalten, erklärte er im übrigen, daß alle sozialdemokratischen Beamten, auch der Reichspräsident, auf ihren Posten auszuhalten müßten. In der Aussprache sprach sich ein Redner für das Verbleiben in der Regierung aus. Minister David aber trat ihm entgegen, sowie auch der preussische Ministerpräsident Braun, so daß zum Schluß nach kurzer Aussprache mit allen gegen sechs Stimmen der bereits bekannte Beschluß zustande kam.

Dr. Heinze hat daraufhin den ihm vom Reichspräsidenten übermittelten Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben.

Das Organ der Deutschen Volkspartei, der Berliner Volksanzeiger, erzählt zur Situation nunmehr folgendes:

Die Entscheidung der Mehrheitssozialisten bedeutet die Kampfansage des Proletariats an das Bürgertum. Dieses hat daher die Pflicht, sich zusammenzuschließen und eine bürgerliche Koalition zustandebringen. In den Kreisen der bürgerlichen Parteien rechnet man damit, daß nun der Reichspräsident an das Zentrum, und zwar an Dr. Treiborn, mit der Aufforderung sich wenden wird, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Innerhalb der Deutschen Volkspartei glaubt man, daß sich auch ein rein wirtschaftliches Kabinett bilden lassen.

Unser Berliner Korrespondent erzählt zur Haltung der Demokraten, daß die Meinung in der demokratischen Partei so geteilt ist, daß eine Spaltung der Partei sich kaum noch vermeiden lassen. Der größte Teil der Partei lehnt es ab, in eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zusammen einzutreten. Dr. Heinze selber hat angeblich über die Gründe seines Rücktritts folgendes geäußert: „In der Deutschen Volkspartei ist man der Ansicht, daß ein wirtschaftliches Kabinett nicht von der Deutschen Volkspartei, sondern von wirtschaftlichen Körperschaften gebildet werden muß. Die Zusammenfassung eines bürgerlichen Blockes als zweite Möglichkeit muß nach Ansicht Dr. Heinzes von der stärksten bürgerlichen Partei, dem Zentrum, vorgenommen werden. Die Sitzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die heute nachmittag um 4 Uhr zusammentritt, dürfte eine wesentliche Entscheidung für die politische Lage bringen.“

Der Welt am Montag wird aus Kreisen der U. S. P. D. geschrieben: „Der überraschende Beschluß der Parteikonferenz wird mit einem Aufatmen der Erleichterung in der deutschen Arbeiterklasse heider Lager begrüßt werden. Er verstärkt die Stellung der Sozialdemokratie im Innern und nach außen. Die Einigung der Sozialdemokratie kann auch durch den Anstand einzelner nicht mehr verhindert werden, wenn der Beschluß der neuen Fraktion und der Parteileitung der U. S. P. D. in seinen Konsequenzen verstanden und durchgeführt wird. Bei dem Stimmverhältnis aller gegen sechs ist daran wohl nicht zu zweifeln. Das Schicksal der Sozialdemokratie im neuen Reichstag wird nun verstärkt werden können.“

Dieser Vorteil ist mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung nicht nur nicht zu teuer erkauft, sondern dieses Ausscheiden ist selbst auch ein Gewinn für die Sozialdemokratie. Es entbindet sie von der Verantwortung für politische Aufgaben, die sie nur als lästige Erbschaft angetreten hat und belastet mit diesen Aufgaben jene Leute, denen sie aus der Vergangenheit zutommen und die sich für diese Aufgaben im Wahlkampf stark gemacht haben. Die bürgerlichen Fraktionen wissen ja und sind, daß sie sich die Finger verbrennen, wenn sie nun geneigt werden, zu zeigen, was sie können. Die Rechtsparteien haben sich in die Kesseln geholt, der Wahlerfolg ist ein Messerhebel für sie und sie jähren vor der ersten Probe auf die ihnen zugewiesenen Aufgaben, vor der Erfüllung ihrer Wahlsprüche und Wahlversprechungen vermittels der ihnen nunmehr zur Verfügung stehenden Machtmittel der bürgerlichen Mehrheit und der Regierungsgewalt. Viel lieber würden sie sich drücken. Sie haben dies schon angekündigt, sehen also ein, daß eine Regierung gegen die Arbeiter unmöglich ist. Dann aber wird der Bundespräsident gezwungen sein, die Nation aufs neue anzurufen mit der Begründung, daß die Sieger im Wahlkampf versagt haben, als jenen Gelegenheiten geboten wurde, ihre großen Worte wahr zu machen.“

### Endlich!

Wie Wolffs Bureau meldet, hat der Reichspräsident auf Antrag der Preussischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt. Die Verordnung soll sofort veröffentlicht werden und als Tag des Aukertraktretens den 17. Juni bezeichnen. Die Abfertigung der Waffen wird nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

### Der dritte Geiselmordprozess in München.

München, 12. Juni. In dem dritten Geiselmordprozess wurde heute das Urteil gefällt. Der Angeklagte Wallshäuser wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und Verkürzung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Kottler wurde von der Anklage wegen Mordes freigesprochen, dagegen wegen Beihilfe zum Mordverrat zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Während der Verlesung des Urteils erlitt der Angeklagte Wallshäuser einen schweren Nervenanfall.

### Generallstreik in Warschau.

Aus Warschau wird unter dem 11. Juni gemeldet: In Warschau haben die Kommunisten zu einem großen Schlags ausgeholt. Seit zwei Tagen ist der Generallstreik proklamiert. Der Straßenbahnverkehr ruht. Die Versorgung mit Elektrizität, Gas Wasser ist dank der bürgerlichen Nothilfe und Unterstützung des Militärs gesichert. Die Bemühungen, den Streik auf die Eisenbahn auszudehnen, dritten voranschreitlich scheitern. Die polnische sozialdemokratische Partei hat sich gegen den Streik erklärt, den sie als ein Werk russischer Kommunisten bezeichnet. Die Bevölkerung verurteilt das Unternehmen.

### Sozialistische oder Koalitionspolitik.

Von Walter Dehme, Berlin.

Die Kabinettskrise und das Angebot des Reichsfinanzministers Müller an unsere Partei zur Regierungsteilnahme haben Gelegenheit geboten, in aller Öffentlichkeit wieder einmal den Unterschied zwischen konsequenter, prinzipieller Politik und der Gelegenheitsmacherei, die sich auch gern Politik nennen möchte, zu kennzeichnen.

Der Ablauf der politischen Ereignisse pflegt sich zum Teil so stark hinter den Kulissen abzuspielen und zum andern Teil infolgedessen so schnell aufeinander zu folgen, daß die einzelnen Phasen der Entwicklung, die für das Verständnis der prinzipiellen Entschlüsse sorgsam ausgefaßt werden müßten, dem unbeteiligten Betrachter allzu leicht verloren gehen.

Als der Gedanke des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung auftaucht, erschließen in der Freiheit und in der übrigen unabhängigen Presse einstimmig sofort die Antwort, daß unsere Partei eine Beteiligung an der Koalitionspolitik prinzipiell ablehnen müsse. Diese Antwort war das Resultat längerer Kombinationen, Erwägungen und Beschlüsse, ohne deren Kenntnis ein volles Verständnis der Antwort nicht möglich ist. Die bürgerlichen Parteien haben gemeinsam mit den Rechtssozialisten deshalb sofort die Gelegenheit benützt und sich bemüht, es so darzustellen, als ob wir nicht den Mut hätten, mit Taten die Versprechungen zu erfüllen, die wir im Wahlkampfe gemacht haben, als ob wir jetzt versuchten, uns der Verantwortung zu entziehen, die der Ausfall der Wahlen uns übertragen habe. Diese agitatorischen Anschuldigungen waren für jeden, der die Überlegungen und die prinzipiellen Grundsätze unserer Partei kennt, von vornherein haltlos. Es ist selbstverständlich, daß wir stets bereit gewesen wären, die Regierung zu übernehmen und in die Regierung einzutreten, wenn sich dabei die Möglichkeit geboten hätte, wenigstens die Mindestforderungen unseres Programms zu erfüllen. Diese Möglichkeit war indessen nicht gegeben. Ein rein sozialistische Regierung hätte einmal die Rechtssozialisten in Mehrheit gesehen, so daß auch mit dieser rein sozialistischen Koalition infolge der den Rechtssozialisten eigenen inkonsequenten Konzeptionspolitik eine wahrhaft sozialistische Politik nicht möglich gewesen wäre. Es hätte sich also hier nur wieder um ein Zwischenpiel gehandelt, das in dem Augenblick beendet gewesen wäre und zum Bruch mit den Rechtssozialisten geführt hätte, in dem wir auf die Durchführung einer prinzipienfesten sozialistischen Politik gedrungen hätten. Vor allem aber waren die Rechtssozialisten, deren ganzes politisches Können sich heute in Ziffernparasitismus und Zahlendemokratie erschöpft, nicht bereit, eine sozialistische Minderheitsregierung zu bilden, wie sie beispielsweise in Schweden unter Branting seit längerer Zeit erfolgreich arbeitet.

Der Gedankengang, in dem die Ablehnung der Beteiligung an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien sich abspielte, vollzog sich mit eiserner Konsequenz. Wir hatten zu überlegen, ob bei einer Teilnahme an einer Koalition mit Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum, ein andres Angebot hatte der Reichsfinanzminister unserer Partei nicht gemacht, auch nur die geringsten Aussichten für die Durchführung irgendwelcher sozialistischer Prinzipien gegeben war. Wo immer wir anfangen mochten in unser Programm, wir mußten sofort erkennen, daß auch nicht eine einzige der Forderungen, die wir hätten aufstellen müssen, von den bürgerlichen Parteien hätte zugestanden werden können. Aufhebung des Großgrundbesitzes, Beendigung der Latifundienwirtschaft, Sozialisierung des Bergbaus, der elektrischen Energie, sofortige Auflösung der konterrevolutionären Reichswehr, energische Durchführung der Einheitschule, restlose Erfassung der Kriegsgewinne, weitestgehende Besteuerung der großen Vermögen, all das waren Forderungen, die die Demokraten ebenso sehr wie das Zentrum erschauern ließen. Und so ergab sich für die Partei die Erklärung, daß aus eben diesen prinzipiellen Gründen ein Beitritt in die Koalition nicht möglich war. Die Freiheit hat zum Ueberflus auch noch rein äußerlich den Beweis für die Richtigkeit dieser unserer Auffassungen erbracht. Sie hat nur die Mindestforderungen, die bereits nach den Kapitulagen von ihr einmal erhoben worden waren und die bei weitem noch nicht all die grundsätzlichen Bedingungen ausmachen konnten, die wir bei einer Regierungsübernahme hätten stellen müssen, noch einmal zum Ausdruck gebracht und hat damit erreicht, daß sofort die bürgerliche Presse vom Berliner Tageblatt bis zur Berliner Morgenpost die Forderungen für unannehmbar erklärte. Damit ist ein für allemal bewiesen, daß nicht etwa politische Verantwortungslosigkeit oder eitle Oppositionssucht uns treibt, wenn wir

die Beteiligung an einer Abfallregierung ablehnen. Aber niemand wird von uns erwarten dürfen, daß wir das Spiel, das zur Verschleierung der Gegenstände und somit zur Verschleppung der endgültigen Austragung führt, mitspielen. Wir wünschen nichts sehnlicher als Klarheit: ein Kampfstellung, in der sich bald entscheiden muß, auf welcher Seite die siegende Idee ist.

Deshalb haben wir auch erklärt, daß eine rein bürgerliche Regierung heute nur die Zukunft des Sozialismus und für die Entscheidung der politischen Kämpfe die gegebene ist. Sie bedeutet politische Klarheit, bedeutet unverfälschten Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Sie schafft von neuem die revolutionäre Situation, die durch die Rechtssozialisten und ihre Koalitionspolitik zum Schaden des Sozialismus und der Revolution immer wieder verschleiert worden ist. Sie schafft eine Kampfstellung, in der die Arbeiterklasse ohne den geringsten Zweifel erkennen kann, wo ihre Freunde und ihre Feinde stehen, sie wird zu politischen Situationen führen, die endlich die schon lange fällige Entscheidung im Kampfe zwischen Sozialismus und Kapitalismus auch in Deutschland bringen werden. Deshalb muß schon heute allen Arbeitern klar sein, daß diejenigen, die auch heute wieder sich dazu hergeben, die klare Problemstellung zu verhindern, daß diejenigen, die von neuem dem Kapitalismus mit sozialistischen Phrasen decken und ihn so vor dem gemeinsamen Ansturm der sozialistischen Ideen bewahren, daß die, die mit der Phrase vom „allgemeinen Interesse“ und von der Furcht für die politische Zukunft des deutschen Volkes einen neuen Sumpf der Zweideutigkeit, der Ziel- und Planlosigkeit schaffen helfen, daß all die Verantwortung für die Verschleppung der revolutionären Entwicklung, für die Errichtung neuer Hindernisse für den Sozialismus und für die völlige Vernichtung der deutschen Wirtschaft und des kapitalistischen Profits willen tragen. Es soll nicht vergessen werden, daß die Rechtssozialisten in diesen Tagen selber haben zugegeben müssen, daß eine rein bürgerliche Regierung ein gewaltiger Fortschritt in der Klärung des politischen Kampfes sei, daß durch sie nicht nur die Einheit des Proletariats geschaffen werde, daß dadurch auch die weitere revolutionäre Entwicklung gesichert, der Weg zum Sozialismus offen sei. Finden die Rechtssozialisten heute nicht den Mut, diesen Erkenntnissen auch die Tat folgen zu lassen und für die Revolution und für den Sozialismus ihre Ministerposten zu opfern, so wird nunmehr endlich die gesamte deutsche Arbeiterklasse wissen, was vom Sozialismus die diese Partei zu halten ist.

## Revolverpolitik des Bürgerturns.

### Die labilisierte Braunschweiger Regierung.

Der Wechselbals formale Demokratie macht auf Gebets der eigentlichen Machtinhaber die seltsamsten Erwähnungen. In Braunschweig hatten bekanntlich die Landtagswahlen vor einigen Wochen eine sichere Mehrheit für die beiden sozialistischen Parteien ergeben. Diese Mehrheit schied sich nun an, ganz nach den Gesetzen des bürgerlichen Parlamentarismus die Regierung zu bilden und einigte sich dabei auf eine Verteilung der Ministerien in der Weise, daß gemäß ihrer Fraktionsstärke die U. S. P. drei Minister (die Genossen Sepp Dertex, Zunk und Sievers) und die S. P. D. zwei (Steinbrecher und Arndt) stellen soll. Ferner wurde ein Regierungsprogramm vereinbart, das das Erfurter Programm als Grundlage für das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien erklärt. Es heißt darin weiter:

Ein Eintreten für die sofortige politische Räteherrschaft oder die Vor- und Gewalt Herrschaft einer Minderheit ist ausgeschlossen. Ein politisches Räteystem kann in Deutschland nur durch den Mehrheitswillen des Volkes eingeführt werden, nachdem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat.

Weiter wird dann in dem Regierungsprogramm jede Vorkämpflichkeit verworfen und die gegenläufige Verpflichtung abgegeben, Kritik nur in sachlicher Form zu üben.

Diese sozialistische Regierungsabstimmung und dieses Programm als ihre Grundlage wird nun von der bürgerlichen Landtagsminderheit durch „parlamentarische Exorzistentaktik“, wie sich unser Braunschweiger Organ, Die Freiheit, ausdrückt, bekämpft und sabotiert. Der Vertreter des Landeswahlverbandes (das ist das Syndikat der bürgerlichen Parteien des Landtages), der frühere Justizminister Hampe, gab die Erklärung ab, daß der Verband mit allen, auch den härtesten Mitteln gegen die Bildung einer sozialistischen Regierung ankämpfen würde. In der Tat hat denn auch die Obstruktion der bürgerlichen Minderheit in schärfer Form bereits eingesetzt. Systematisch versucht der bürgerliche Reaktionsblock das Zustandekommen geordneter Regierungsverhältnisse zu verhindern, obgleich nach den Regeln der Demokratie und des Parlamentarismus in Braunschweig alles in bester Ordnung auch sein könnte. Mit Recht schreibt über dieses Gebaren unser Braunschweiger Organ, Die Freiheit:

„Dieses Verfahren trägt alle Merkmale der gemeinen Erpressung an sich. Zweiundzwanzig Mann und eine Frau haben, um diese Erpressung am Braunschweiger Lande und Volke zu beenden, sich zu einer Bande zusammengeschlossen, an deren Spitze ein Landgerichtsdirektor und Justizminister a. D. steht, und die ihre heillosen Segnungen durch einen Pastor erhält.

Als politische Partei kann der Landeswahlverband nicht mehr gewertet werden. Eine politische Partei hat politische Ziele und politische Grundzüge. Die sie durchzuführen bestrebt ist. Der Landeswahlverband, der sich aus etwa 32% politischen Parteien zusammensetzt, hat, weil er die verschiedensten politischen Grundzüge und Ziele hat, überhaupt keinen politischen Grundzug und kein politisches Ziel. Vereint hat diesen Landeswahlverband das gemeinsame kapitalistische Klasseninteresse und der gemeinsame Haß gegen den Sozialismus und seine Parteien, deren Zerstörung das hervorragendste Ziel seines Wahlkampfes war. Nachdem diese Zerstörung nun nicht gelungen ist, nachdem die Mehrheit des Braunschweiger Volkes den sozialistischen Parteien sein Vertrauen ausgesprochen hat, nachdem der Landeswahlverband in der Minderheit geblieben ist — bietet er uns und den Rechtssozialisten eine Koalitionserregung an. Man facht sich wahrlich an den Kopf über solche — na sagen wir nicht: Frechheit und Würdelosigkeit.“

Die härteste Partei des Braunschweiger Landeswahlverbandes ist die Stinnes-Partei. Ihr Vorgehen findet natürlich im gesamten bürgerlichen Lager bis tief in die Kreise der Demokraten hinein lebhaftesten Beifall. Das Berliner Tageblatt sieht schon frohlockend im Geiste den sozialistischen Landtag durch einen Ebert-Mas nach Hause getrieben oder durch ein Regierungskabinetum, also eine Berliner Zwangsregierung mit einem Staatskommissar als Exekutiv der Reaktion an der Spitze, erfüllt. Das Bellows-Gothas, wo man auch eine Landesmehrheit durch zwangsweise degradierte Neuwahlen fortsetzte, soll also in Braunschweig allem Anschein nach wiederholt werden.

Diese Mandatslosen Vorgänge in Braunschweig werden gerade noch rechtzeitig genug bekannt, um das dreiste Vagabundentum der bürgerlichen Presse um die Regierungsabstimmung im Reich zu zerstreuen. Im Reich müdet man der U. S. P. die Beteiligung an einem reaktionären Regierungsblock zu, die einem Begräbnis ihrer allerersten sozialrevolutionären Grundzüge gleichkommen würde. Da unsere Partei das abgelehnt hat, wirft man ihr Va-banque-Spiel, Desperado-Politik, Zerkürungsamt und Gott weiß was noch sonst vor. In Braunschweig dagegen ist die Minderheit einer geordneten Regierungsgewalt ohne weiteres gegeben. Alle Vorbedingungen der parlamentarischen Demokratie sind dort erfüllt, um dem Lande für die nächste Zeit eine ruhige, allerdings entschiedene sozialistische Entwicklung zu sichern. Was aber tut hier das bürgerliche Proletariat, das sich im Reich in so demagogischen Schimpfreden gegen uns ergeht. Es verübt dieselbe Exorzistentaktik, die man uns mit Unrecht vorwirft. Es zeigt, wie hoch und pharisäisch alle die Phrasen vom „notwendigen Wiederaufbau“ und dem „Zusammengehen aller Deutschen“ sind und wie es nur immer die Moral gelten läßt, die keine wirtschaftlichen und politischen Fragen fördert. Die Bourgeoisie streift auch zum Revolver, wenn es heißt, ihren usurpierten Besitz und ihre Verrentrechte zu verteidigen.

## Keine Auflösung der preussischen Landesversammlung.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder des Verfassungsausschusses der preussischen Landesversammlung hatten sich am Freitag auf Einladung des Vorsitzenden Abg. Borch zu einer Besprechung eingefunden, um zu entscheiden, ob trotz des Ausfalls der Reichstagswahlen die Arbeiten des Verfassungsausschusses begonnen werden sollten. Unser Vertreter, Genosse Dr. Kurt Kohnen, widersprach sofort entschieden dem Beginn der Beratung, weil die Landesversammlung das Recht verweigert habe, wichtige preussische Fragen noch zu entscheiden, nachdem durch die Reichstagswahlen festgestellt sei, daß die Zusammensetzung der Landesversammlung der Auffassung des Volkes nicht mehr entspreche. Rosenfeld verlangte, daß die Landesversammlung beschließen solle, sich aufzulösen und daß gleichzeitig Neuwahlen für Preußen angeordnet werden. Der Rechtssozialist Stiering wollte zunächst nicht die Verantwortung dafür übernehmen, gegen den Widerspruch einer so starken Partei wie der U. S. P. die Beratungen zu beginnen. Als sich aber alle bürgerlichen Parteien für den Eintritt in die Beratungen erklärten, stimmten auch die Rechtssozialisten für den Antrag, mit den Ausschüßberatungen über die preussische Verfassung am Dienstag zu beginnen.

In Preußen tun also die Erwählten des Volkes so, als ob die Reichstagswahl gar nicht stattgefunden habe. Sie haben als seien sie noch berechtigt, sich als wirkliche Vertreter des Volkes zu betrachten. Alle Parteien, von Dergi bis Hirsch, sind darüber einig, daß die Verfassungsberatungen begonnen werden sollen, obwohl der Verfassungsausschuss ganz anders zusammengesetzt ist als er der politischen Auffassung der Wähler entspricht. So respektiert die Mehrheit der preussischen Landesversammlung den Willen der Wähler.

## Wirkungen der Reichstagswahl.

Wie der Zuwachs im Auslande wirkt, den die reaktionären Parteien bei der Wahl zu verzeichnen haben, zeigt folgende Auszählung der Times:

„In den deutschen Reichstagswahlen erklären Times, die Hauptursache sei, daß England und Frankreich in der Frage der Entwarnung Deutschlands zusammen gingen. Die Bestimmungen über die Entwarnung bildeten den Grund- und Eckstein des Friedensvertrages. Deutschland habe bisher die größte Abneigung gegen die Erfüllung der Friedensbedingungen zur Schau getragen und die Parteien der Rechten, die bei den Wahlen einen so bemerkenswerten Erfolg erzielten, hätten Mühe auf den Grund des Vertrages gedrungen. Am 10. Juli müsse Deutschland laut Vertrag sein Heer auf 100.000 Mann herabgesetzt haben. Das Ansehen der unabhängigen Stimmen werde zweifellos dazu benutzt werden, um einen Aufschub der Verespeeminderung zu fordern. Wenn England keinen französischen Willigen in dieser Frage nicht offen und ehrlich unterstützen werde, das Vertrauen Frankreichs, das in der letzten Zeit in bedauerlicher Weise abgenommen habe, vielleicht nicht wieder herzustellen sein.“

## Die Lage in Bayern.

Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden in Bayern die Wahlen zum Landtag statt. Die Mandate verteilten sich wie folgt:

Rechtssozialisten	25
U. S. P.	20
Kommunisten	2
Bayerische Volkspartei (Zentrum)	64
Demokraten	12
Bauernbund	12
Deutsche Volkspartei	20
Deutschnationale Volkspartei	20

Das Zentrum geht als die stärkste Partei aus den bayerischen Landtagswahlen hervor, zur absoluten Mehrheit fehlen ihm jedoch 14 Stimmen. Mit dem Bauernbund zusammen reicht's auch nicht. Ob aber die Demokraten bei einer Koalition Zentrum-Bauernbund mitmachen, steht noch nicht fest. Die Münchner Neuesten Nachrichten sind dagegen, der Frankfurter Kurier tritt für die Beteiligung an einer Koalition ein, ja, er redet sogar einer Eingung der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei das Wort, mit derselben Volkspartei, die in Bayern eine gemeinsame Liste mit den Deutschnationalen aufstellte. Die rechtssozialistische Frankfurter Tagespost zieht eine Koalition Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale mit 84 Mandaten in Erwägung, doch scheint diese Sechsstimmenmehrheit auf recht schwachen Füßen zu stehen. Die Bayerische Volkspartei läßt merken, daß ihr eine Koalition auf breiter Basis am liebsten wäre, und zwar unter Einfluß der Rechtssozialisten. Ob diese sich aber an der Regierung beteiligen, steht noch nicht fest. Die Presse der S. P. D. ist sehr zurückhaltend. Wenn auch die Regierungsabstimmung in Bayern keine allzu großen Schwierigkeiten bietet, so ist die Lage bis heute doch noch recht ungeklärt.

## Regierungskrise in Baden.

Der rechtssozialistische Ministerpräsident Geiß ist zurückgetreten, obwohl in Baden die Koalition noch intakt, aber wankend noch nicht so unter den Schlitzen gekommen ist wie im Reich. Auch der demokratische Außenminister Dietrich wird verschwinden; das sogenannte Kriegsministerium wird dem Finanzministerium angegliedert werden. Als Nachfolger von Geiß wird der Zentrumler Trunk genannt.

## Reichsschulkonferenz.

Berlin, 11. Juni 1920.

Im Plenarsitzungsraum des Reichstages sind etwa 650 Monchschen versammelt, Vertreter und Vertreterinnen aller Schulgattungen, Volksschule, höhere Schule, Hochschule, Fachschule, Privatschule, Konfessionsschule und wie sie alle heißen, Vertreter von Gemeinden, Parteien aller Richtungen. Ein Bild genügt, herauszufinden, daß die Mehrzahl der Anwesenden einem untergeordneten Deutschland angehört. Und hier soll jetzt über die Zukunft der Schule beraten werden? Zum Grauen! Doch man wird etwas beruhigt, als der Minister des Innern, Koch, Punkt 10 Uhr die Konferenz eröffnet und nach der üblichen Begrüßung erklärt, die Möglichkeiten einer Reichsschulkonferenz müßten nicht

alle Teilnehmer dieser Versammlung klar wären, daß auch Schulfragen wie alle anderen Fragen des Staatslebens reine Machtfragen sind, könnten viel Worte, Zeit, Arbeit und Geld gespart werden.

Der Minister sprach sehr allgemein in acht überaus Aufmachung von „Reformgedanken“, die in „ruhigen, besonnenen“ Normen Gestalt gewinnen sollten. Der „nationale“ Gedanke müsse hochgehalten werden. Dann redete er viel von „Kultur“, auf die das deutsche Volk stolz sein könne usw. Als ob die bürgerliche Gesellschaft nach den Weltkriegszeiten von „Kultur“ reden könnte! Weiter beklagte der Minister den Mangel an Zucht im deutschen Volke und betonte die Pflege der Arbeitseinstellung. Er werde fern nicht dulden, daß Parteipolitik in die Schule einziehe. Die Weltanschauung des Elternhauses sei in der Schule zu pflegen... Über Herr Minister! Welcher Widerwärtigkeit! Waren Sie es nicht, der einschreiten wollte, wenn in Sachsen die durch die Volkserregung, also auch die Elternvertretung, gesetzlich beschlossene weltliche Volksschule eingeführt würde?

Nach dem Minister sprach Unterstaatssekretär Schulz zur Tagesordnung. U. a. gab er die Tagesordnung bekannt, die folgende Beratungsgegenstände aufweist:

1. Schulkarten, Schulzeile und organisatorische Zusammenfassung zur Einheitschule. Berichterstatter: Oberstudienrat Dr. Kerschke in einer-München, Professor Dr. Bänder-Stuttgart, Oberlehrer Dr. Karzen-Versin, Lehrer Temos-Berlin, Lyzeendirektor Dr. Voh-Rönn a. Rh.
2. Arbeitsunterricht. Berichterstatter: Prof. Dr. Kühnel-Leipzig, Universitätsprofessor Dr. Ratorp-Marburg, Privatdozent Dr. Seidel-Büch.
3. Lehrer, Ausbildung, Beteiligung an der Schulleitung und Verwaltung. Berichterstatter: Direktor Dr. Louis-Berlin, Schulleiter Muthesius-Weimar, Oberlehrerin Pfennings-Berlin, Rektor Pregele-Berlin, Universitätsprofessor Spranger-Berlin.
4. Schüler, Auslese, Berufsberatung, Selbstregierung, Schulgemeinde, Schülerausschüsse, gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter, Körperliche Erziehung. Berichterstatter: Dr. A. Dresden-Schloß Bieberstein, Dr. Gertrud Bäumer-Hamburg, Schulleiter G. H. Hamburg.
5. Eltern, Elternvereine. Berichterstatter: Lehrer Röstler-Hamburg, Rektorin Koffe-Berlin, Oberlehrerin Dr. Wegschelder-Bonn.
6. Technische Vereinfachung des Schulwesens im Reich. Einheitlicher Beginn des Schuljahres, einheitliche Regelung der Ferien, einheitliche Benennung der Schulen und Klassen, gegenseitige Anerkennung der Prüfungen und Zeugnisse der Schüler, Reifeprüfung, Reifezeugnis, Berechtigungen (Anerkennung der Unterrichtsanstalten der Militärämter und Kapitulanten), gegenseitige Anerkennung der Lehramtsprüfungen, einheitliche Amtsbezeichnungen der Lehrer. Berichterstatter: Stadtschulrat Weigl-Amberg, Stadtschulrat Weigl-Münsterberg, Professor Dr. F. H. Frankfurt a. M.
7. Verwaltung des öffentlichen Schulwesens. Zuständigkeiten — Aufgaben und Befugnisse — von Reich, Ländern und Gemeinden hinsichtlich der Schulverwaltung und der Schulaufsicht. Geldliche Grundlagen des Schulwesens (Schulunterhaltungspflicht), Ausgaben, sächliche und persönliche, insbesondere Lehrmittel und Erziehungsmittel, Einnahmen, Lastenverteilung, Schulgebäudeerhebung. Berichterstatter: Geheimrat Oberregierungsrat Loge-Berlin, Schriftsteller Dr. Quark-Frankfurt a. M., Senator Dr. Wegner-Hannover.
8. Die Privatschulen in ihrem Verhältnis zum öffentlichen Schulwesen. Berichterstatter: Oberlyzealdirektor Hafa-Gnadau, Direktorin Anna Schmidt-Düsseldorf, Dr. Schwahn-Berlin, Hauptlehrer Winkler-Augsburg.
9. Deutsches Schulwesen im Auslande. Berichterstatter: Direktor Dr. Gafner, Professor Dr. Hartmann-Berlin. — Die drei ersten Punkte der Tagesordnung werden zunächst in Diskussionen vom 11. bis 14. Juni verhandelt. Am 15. und 16. Juni tagen Ausschüsse zur Beratung sämtlicher für die Reichsschulkonferenz vorgesehenen Gegenstände.

Die Reichsschulkonferenz, so führte Heinrich Schulz weiter aus, ist nur als einmalige Veranstaltung gedacht, die hauptsächlich für das künftige Reichsschulgesetz zu arbeiten hat. Daneben bestrebe noch ein Reichsschulausschuss als ständige verwaltungsmäßige Vertretung der Kultusministerien der Einzelstaaten.

H. Mumm und ein katholischer Geistlicher gaben jeder eine Erklärung ab, worin gelagt wird, daß die hinter ihnen stehenden Kreise auf die Beratungen der Reichsschulkonferenz pfeifen.

Als erster Berichterstatter wurde dem Oberstudienrat Dr. Kerschke in einer-München das Wort erteilt. Der greise Vorläufer der Pädagogik trat für den Satz ein: Jeder Mensch hat das Recht, nach dem Maße seiner Bildung gefördert zu werden. Ihm trat in einem Referat Professor Dr. Bänder-Stuttgart entgegen, eine stark reaktionäre, der typische akademisch gebildete Oberlehrer, ausgestattet mit dem Ständebüchel und dem alten Geist der Vergangenheit. In scharf polemischer Art trat er für die Beibehaltung der Ständeschule und für eine kurze Dauer der Grundschule — 3 Jahre — ein. Nach 3 Jahren Volksschule sollen die hemittehenden Kinder in die höhere Schule flüchten dürfen. Daß er überhaupt so stark den Beifall erntete, zeigte offenkundig, was Geistes Kind die Mehrzahl der Versammelten ist.

Oberlehrer Dr. Karzen sagte als Sozialist in treffender Weise das Gegenteil. Nicht Typisierung, sondern der schöpferische Mensch ist zu bilden. Keine Schulklassen, sondern Arbeitsgemeinschaften als gleichwertige Kameraden. Berufsschulen müssen sofort in allen Orten errichtet werden.

Das vierte Referat hatte der Lehrer Temos-Berlin, der Verfasser der „Einheitschule“. Er will unter Volksschule die Gesamtheit aller Schulgattungen verstanden wissen. Das ist die Einheitschule. Auf eine sechsjährige Grundschule (6 Jahre als Mindestmaß) baut sich das mittlere, höhere und hohe Schulwesen auf. Wir brauchen einen Lehrstand, vielgestaltig, aber gleichwertig in allen seinen Zweigen, ob Dorfschullehrer oder Gymnasiallehrer. Er fragt Dr. Bänder und seine Freunde, ob ein Hans Thoma und ein Adolf Menges, obwohl sie keine Gemeinschaften gebildet hätten, im Werte einem Oberlehrer gleichkomme. Arbeit mit Händen und Arbeit mit Geistigem seien gleichwertig. Alle höheren Schulen müßten Berufsschulen werden für die verschiedensten Berufe. „Sachschulen“ dürfe es nirgends geben. Unser Schule gehöre einem Volke, nicht einem Stande, einer Rasse.

Endlich als fünfter Referent gab sich Lyzealdirektor Dr. Voh-Rönn a. Rh. Mühe, nachmals den bürgerlichen Standpunkt zu unterstreichen. Als neu führte er den konfessionellen Charakter des gesamten Schulwesens hervor und die sittlich-religiöse Bildung, wobei er unter religiös-kirchlich konfessionell versteht.

Um 1 Uhr beginnt die Debatte. 10 Minuten Redezeit! 78 Wortmeldungen zum Totfischen! Eine fünfzigstündige Kommission, die Vertreter aller Richtungen umfaßt, fortgesetzt die Sprecher, damit möglichst jeder Standpunkt gehört werden kann. Nun stehen die verschiedenen Wasser bis 4 Uhr. Selten ein Nichtbild! Wunden, der alte wackere Kämpfer und Sozialist, viel offen Bonzen zu: Ihr nehmt der Jugend ihren eigenen atonen Sinn und wundert euch, daß dieselben Menschen dann als Erwachsene auch ein sinnloses Leben führen, weil ihre Jugend sinnlos war! Schon die Jugend soll ihren Sinn in sich selbst tragen! Ihr aber habt die Jugend nie, nie verstanden!

## Die Kontrollschikanen am polnischen Korridor.

Die Regierung hat nach Warschau einen Appell gerichtet, in dem sie für die Zeit der Abstimmung und für die Abstimmungsarbeiten die Erleichterung der Durchfahrt durch den polnischen Korridor fordert. Als sie darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie ja selbst eine an Schikanen überreiche Grenzkontrolle in Großschkopoll an den nach Ostpreußen führenden Ausläufern, erklärte die Regierung sich nicht etwa bereit, diese Grenzkontrolle auszuheben, sondern blieb bei der Aufrechterhaltung dieser schikanösen Grenzkontrolle. Sie versucht, die Beschwerden darüber auf Mißgriffe der unteren Beamten abzuwickeln. Auch dieser Fall ist ein Beispiel dafür, daß die Regierung nicht in der Lage ist, irgendwelche objektiven Maßnahmen zu treffen. Was sie in ihrem Interesse für notwendig hält, gestattet sie noch lange nicht einer anderen Regierung. Die Folge davon ist, daß die polnischen Blätter nicht mit Unrecht darauf hinweisen, daß in der deutschen Presse die Klagen über die deutsche Grenzkontrolle viel erhebtlicher seien als über die polnische. Die Zerrissenheit der Regierungsmassnahmen muß auch hier den ungünstigsten Einfluß auf den Verlauf der Abstimmung ausüben. Und wenn diese Abstimmung, wie man allgemein in Ost- und Westpreußen erwartet, mit einem Siege der deutschen Bevölkerung endet, so ist das wahrscheinlich nicht das Verbleib der deutschen Regierung.

## Die englischen Eisenbahner und die Munitionstransporte.

Der Beschluß der englischen Eisenbahnerregulativ, daß die Eisenbahner entgegen einem früheren Beschluß Munition, die nach Irland und Polen bestimmt ist, transportieren dürfen, ist offenbar auf eine Unterbrechung einer Eisenbahnerdeputation unter Führung J. S. Thomas mit Lord George zurückzuführen. Lord George fuhr sein stärkstes Geschick auf. Er behauptete, daß es eine vollständige Abdankung der Regierung bedeuten würde, wenn sie sich die Weigerung der Eisenbahner, Munition zu transportieren, gefallen ließe. Sie würde mit den härtesten Mitteln dagegen kämpfen, die ihr zu Gebote ständen. Die Verweigerung der Munitionstransporte habe dieselbe Wirkung, wie die Weigerung, eine Weisung an unbewaffnete Männer durchzuführen zu lassen, die ihr Leben gegen Mörder verteidigen. Der stärkste Trumpf war wie immer der, daß die englischen Arbeiter es in der Hand hätten, auf gesetzlichem Wege eine Regierung, die ihnen nicht gefalle durch eine andere zu ersetzen.

Thomas verteidigte seine Haltung vor einer Versammlung in der Stadthalle von Battersea unter starkem Protest Thomas war von seiner Gegner der direkten Aktion. Er ist parlamentarisch durch und durch. Er weigerte sich, eine Volksliste zu unterschreiben, die zu dem Arbeiter sagte: „Hier ist eine Methode, mittels derer du durch den Streik etwas erhalten kannst, das du nicht intelligent genug bist, durch den Stimmzettel zu erzielen.“ Ein anderes Argument war: „Wenn es Unrecht von uns ist, Munition zu transportieren, dann ist es für andere Unrecht, Munition zu machen. Leute, die sagen, daß es Unrecht von den Eisenbahnern ist, Munition zu transportieren, sollten die Herstellung von Munition verhindern, denn wenn keine Munition gemacht würde, brauchen sie die Eisenbahner nicht zu transportieren.“

Ganz recht, aber die logische Konsequenz wäre, daß sie zu sorgen, daß die Herstellung von Munition aufhöre, anstatt daß Thomas seinen Einfluß dahin ausübt, den Munitionstransport wieder auszulassen. Die Eisenbahnerregulativ hat beschlossen, eine feixche Konferenz für die folgende Woche nach Bristol einzuberufen, da sollen die Feindes selbst entscheiden. Man könne die Mord an ungeschulten Soldaten oder Polizisten nicht verteidigen. Jede Regierung müsse die Pflicht der Verteidigung darauf auf sich nehmen, die sie mit einer Unfaßbarkeit habe.

Die letzten Eisenbahner sind über das Vorgehen der Eisenbahnerregulativ sehr entsetzt. Die Stimmung greift auch über nach Schottland, wo der Glasgower Distrikt des Nationalverbandes der Eisenbahner eine Resolution angenommen hat, die den Eintritt der Eisenbahnerregulativ verweigert und außerdem fordert, daß ein Transportverbot für alle Munition, ganz abgesehen nach welchem Lande, erlassen werde, da durch eine solche Politik die Arbeiter der ganzen Welt helfen würden, die Despoten und Tyrannen loszuwerden.

## Moskauer Bedingungen für die K. A. P. D.

In einer Erklärung der Moskauer kommunistischen Internationale wird über das Verhältnis zu den deutschen Kommunisten ausgeführt: Die deutsche kommunistische Arbeiterpartei hat in allen taktischen Fragen mit der kommunistischen Internationale sich in Widerspruch gesetzt. Das Ersuchen der Partei um Aufnahme in die kommunistische Internationale wurde von dem Hauptauschuß dahin beantwortet, die Partei könne Zutritt erhalten, wenn sie sich verpflichtet, sich allen Beschlüssen des Kongresses zu unterwerfen und vorher die nationalitätlich gestimmte Gegenrevolutionäre aus der Partei auszuschließen.

## Zur österreichischen Regierungskrise.

Nach der sozialdemokratischen Korrespondenz hat Präsident Eise an den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß die christlich-sozialen Abgeordneten der Nationalversammlung ihn ersucht habe, an den Verband die Frage zu richten, ob er die Koalition der beiden Parteien als noch bestehend ansehe. Der sozialdemokratische Verband antwortete, daß nach seiner Auffassung mit dem Rücktritt der Regierung die Koalition zu bestehen aufgehört habe. In einer Beratung der Großdeutschen Vereinigung über die politische Krise trat die einseitige Auffassung auf, daß die derzeitige Nationalversammlung nicht mehr das volle Vertrauen der Bevölkerung genieße und daher ihre ebendiesige Auflösung in Erwägung gezogen werden müsse. Als Übergangsregierung sei nur eine Regierung mit einem enghemischen Programm möglich. Die Wiener Arbeiterzeitung vertritt den Standpunkt, daß die Mehrheit aus Christlichsozialen und Großdeutschen die Übernahme der Regierung doch einmal probieren solle.

## Revolution in Italien?

Basel, 18. Juni. Der Secolo meldet: In Apulien ist die Revolution ausgebrochen. In Bari haben die Aufständischen die Oberhand gewonnen und der königlichen Garde schwere Verluste zugefügt. Die Aufrechterhaltung von den Dähern aus ein ununterbrochenes Feuer auf die Truppen, bis sich vorübergehend zurückgezogen haben. Der Kommandant der königlichen Garde hat an die Aufrechterhaltung ein Ultimatum gerichtet, sich zu ergeben, widrigenfalls er die Stadt durch Artillerie beschließen werde.

## Unruhen in Triest.

Chiasso, 12. Juni. In Triest ist am Freitag eine Militärreppelle ausgebrochen. In die Absicht von Truppen nach Triest zu verhängen, zogen Soldaten und sozialistische Arbeiter durch die Stadt. Gegen Mitternacht griff Militär ein. Gruppen von Nationalisten eröffneten das Feuer gegen die Sozialisten und rebeulischen Soldaten. Der Kampf währte nachts um 2 Uhr noch fort. Die Aufrechterhaltung haben sich im Stadtzentrum verfangen. Laut Secolo gab es viele Tote und Verwundete. In der Bombardierung sind die Eisenbahner in den Streik getreten. Aus Mailand ist seit

Freitagmorgens kein Zug eingetroffen. Die italienischen Zeitungen fehlen.

Trient, 13. Juni. Anlässlich des hier proklamierten Generalstreiks kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Streikenden. Die Gendarmen feuerte. Es wurden drei Demonstranten getötet und 18 verwundet. Alle Läden in der Stadt sind geschlossen.

## Eisenbahnerstreiks in Norditalien.

Rom, 12. Juni. Die Zeitungen erfahren aus Cremona, daß dort die Eisenbahner in den Ausstand getreten sind, weil der Bahnhofsvorstand einen nach Terni bestimmten Munitionszug abgehen ließ. Die Eisenbahner von Mailand befinden sich im Solidaritätsstreik. Jüngere treffen noch ein, aber es fahren keine ab. Die Behörden haben den Bahnhof von Mailand besetzen lassen. Bis jetzt sind noch keine Zwischenfälle vorgekommen.

## Neue Kämpfe in Albanien.

Rom, 13. Juni. (Stefani.) Der Epoca wird aus Balona gemeldet: In der Nacht vom 10. Juni griffen die Rebellens die Stadt an, wobei sie einige den Italienern am 8. Juni auf Punkt 115 abgenommene Geschütze und Maschinengewehre gebrauchten. Sie näherten sich auf 800 Meter der Stadt, wurden aber durch einen Gegenangriff der Alpini zurückgeschlagen und ließen 200 Tote und eine Batterie zurück. Einige Albanesen von Balona schossen hinterwärts auf die Truppen. Etwa 1000 muslimische Albanesen wurden verhaftet, das muslimische Viertel wurde geräumt.

## Jugoslawien und Albanien.

Basel, 12. Juni. (T. U.) Das römische Blatt Tempo berichtet, daß zwischen Essad Pascha und der Belgrader Regierung ein Abkommen getroffen worden sei. Danach würde Essad Pascha seinen ganzen Einfluß in Albanien Jugoslawien zur Verfügung stellen, wenn Jugoslawien die Unabhängigkeit Albaniens sicherstellt und Essad Pascha zum Gouverneur ernannt wird. Bei seinem Tode würden seine Rechte auf den albanischen Thron auf Jugoslawien übergehen.

## Essad Pascha ermordet.

Paris, 14. Juni. (T. U.) Als der ehemalige Gouverneur von Albanien und jetzige Vorsitzende der albanischen Kommission in Paris, Essad Pascha, gestern mittag das Hotel Continental verließ, feuerte ein junger Mensch mehrere Revolverkugeln auf ihn ab, die Essad Pascha trafen und ihn auf der Stelle töteten. Der Täter wurde verhaftet. Es ist ein 25 Jahre alter Albaner namens Rustan. Er erklärte, daß er seine Landsleute rächen wolle.

## Die Vorgänge im Osten.

### Die Erfolge der Polen an der Nordfront.

Kopenhagen, 12. Juni. Einem Telegramm aus Warschau zufolge teilt der polnische Generalstab mit: Auf dem nördlichen Frontabschnitt dringen die polnischen Heere trotz des Widerstandes des Heeres herauf. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht und über 100 Maschinengewehre und eine große Zahl Wagen und anderes Kriegsmaterial erbeutet. Um die sich ausbreitenden Haupttruppen auf dem nördlichen Kampfbogen zu entlasten, haben die Bolschewiken mit größeren Streitkräften einige Punkte an der mittleren Westfront angriffen, um den Polen zu überfordern. Dieser Angriff wurde zurückgewiesen. Auf der Front zwischen dem Dniepr und Dneister entwickelten sich lokale Kämpfe mit gutem Erfolge für die Polen.

### Kiew von den Polen geräumt?

Paris, 13. Juni. Nach einer Meldung des Matin aus London berichtet Oberster, die Polen hätten am Freitag Kiew geräumt und die bolschewistische Kavallerie hätte einige Kilometer hinter Kiew ihre Verbindungen abgebrochen.

### England und der bolschewistische Vorstoß nach Persien.

Paris, 13. Juni. Der Londoner Berichterstatter des Temps erzählt, daß für den Fall, daß die Sowjetregierung nicht die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werde, um den Vormarsch der bolschewistischen Truppen in Persien einzustellen, die Alliierten Kräfte aufgerufen werden soll, England zu verlassen. Die Sowjetregierung habe behauptet, daß sie jede Verantwortung für die Besetzung von Entell und Reicht ablehnen müsse.

### Die Sowjet-Regierung wieder einmal gestürzt.

Tokio, 13. Juni. In Wladivostok ist ein Moskauer Funktionär aufgefangen worden, nach dem in Rußland die Gegenrevolution ausbrechen sei. Er soll sich ermordet haben; sein Leichnam wurde in der Stadt gefunden. Eine neue Regierung soll sich unter Brjussilow gebildet haben.

### Die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan.

Amsterdam, 12. Juni. Nach einer Eastern Service-Meldung aus Tokio machen die Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetregierung nur wenig Fortschritte. Japan bleibt bei seiner Forderung auf Schaffung einer Anzahl Pufferstaaten. Es wird die militärische Besetzung Sibiriens solange aufrecht erhalten, bis diese Frage entgültig geregelt ist.

## Deutschland.

### Der Prozeß gegen die Marburger Studenten.

Wie das Berliner Tageblatt meldet, findet die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die 14 Marburger selbstwilligen Studenten, gegen die aus Anlaß der Ermordung von 15 Thaler Bürgern während der Märzunruhen in Thüringen Anklage wegen Totschlages erhoben worden ist, vom 15. bis 18. d. M. in Marburg statt.

### Zur Lage in Nordschleswig.

Der Generalausstand hat sich in der ersten Zone auch auf die Zeitungsabteilung ausgedehnt, so daß Zeitungen nicht mehr erscheinen. Die internationale Kommission hat neuerdings zehn Streikende aus Sonderburg und Umgebung ausgewiesen und nach Flensburg geschickt. Ihre Familien erhielten Befehl, bis zum Sonntag das Gebiet der ersten Zone ebenfalls zu verlassen. Die Abreise der internationalen Kommission und ihrer Truppen steht in den allerersten Tagen bevor. Der Zeitpunkt des Fortzugs ist abhängig vom Eintreffen eines Pariser Telegramms über die offizielle Notifikation der Grenzlinie. — Die Stadivorderungen in Sonderburg lehnten mit 13 gegen 8 Stimmen einen Antrag von dänischer Seite auf Bewilligung von 20 000 Kronen für die Ausschmückung der Stadt anlässlich des Besuchs des dänischen Königs ab.

### Weitere Verurteilungen wegen Beleidigung der französischen Besatzungstruppen.

Vom französischen Kriegsgericht in Landau wurden wegen Abdruck eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen verurteilt: Der Verleger des Nordpfälzer Tageblattes, Blausch, in Kottenhausen zu 10 000 M. Geldstrafe, der Redakteur Stein zu 5000 M. Geldstrafe, der Verleger des Kirchheimbolsandener An-

zeigers, Thieme, zu einem Monat Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Redakteur Müller vom Kuseler Tageblatt zu 1000 M. Geldstrafe, Borth, Verleger des Lokalanzeigers in Obernheim, zu 1000 M. Geldstrafe.

Ein neuer Erzberger-Prozeß. Der Beleidigungsprozeß Erzbergers gegen den verantwortlichen Redakteur der Deutschen Zeitung soll am 9. Juli beginnen. Dr. Heffterich wird als Zeuge erscheinen.

Amtenhebung des Gleiwitzer Bürgermeisters. Aus Gleiwitz wird gemeldet: Bürgermeister Dr. Geißler erhielt von dem hiesigen französischen General den Auftrag, über die letzten Vorgänge Bericht nach Berlin zu erstatten und die Genehmigung zu einer Massenversammlung nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl nicht entsprochen. Er ist deshalb seines Amtes enthoben worden.

Der Oberpräsident von Pommern, Dr. Zippmann, hat auf den Aufruf der Wähler hin dem Minister sein Amttrittsgesuch unterbreitet. Der Minister hat es abgelehnt.

Zusammentritt des Gothaischen Landtages. Der neugewählte Landtag in Gotha wird zum 15. Juni einberufen werden. Bis zur Neubildung der Landesregierung läßt die Reichskommission die Regierungsgewalt aus.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Differenzen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei.

Der tschechische Arbeitsminister hatte die Menge der an Deutschland zu liefernden Braunkohlen herabgesetzt und gab für 150 000 Tonnen Braunkohlen, die Deutschland lieferte, nur 130 000 Tonnen Braunkohlen. Die deutsche Regierung erklärte hierin einen Vertragsbruch und erklärte, die Steinkohlenlieferungen einzustellen, worauf der Minister die Braunkohlenlieferungen zurückhielt. Der tschechische Industrieverband protestierte gegen das Vorgehen des Ministers, da eine große Anzahl von Unternehmungen ohne deutsche Steinkohlen nicht auskommen können. Deutsche Delegierte sind inzwischen in Prag eingetroffen, um die Unstimmigkeiten zu beseitigen.

### Aufhebung des Belagerungszustandes im neuen polnischen Gebiet.

Der Minister für die ehemals preussischen Teilgebiete hat den Belagerungszustand für die neu übernommenen Länder, die jenseits der Demarkationslinie gelegen waren, und den Ausnahmezustand in dem 20-Kilometer-Streifen längs der deutsch-polnischen Grenzlinie aufgehoben.

### Der Landtag Salzburgs für den Anschluß an Deutschland.

Wie die Neue Freie Presse meldet, faßt der Salzburger Landtag gestern folgenden Beschluß: Der Landesrat wird beauftragt, den Anschluß an Deutschland beim an Bayern nach wie vor energisch weiter zu verfolgen. Es wurde getrennt abgestimmt. Die Worte „beim an Bayern“ bildeten einen zweiten Antrag, der ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Die sozialdemokratische Partei kennzeichnete ihren Standpunkt dahin, daß sie nur für den Anschluß der ganzen Republik an das Deutsche Reich und nicht für den länderweisen Anschluß eintrete.

### „Ordnung und Sicherheit“ in Ungarn.

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau ist ermächtigt, die Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsverwesler und der Nationalversammlung bezw. der Regierung in der Frage der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu dementieren. Beide Faktoren seien gleichmäßig von der Notwendigkeit durchdrungen und hätten auch bereit Mittel gefunden, jeden Versuch der Anarchie und Anarchie im Keim zu ersticken. Nur in der Frage der Ausführung könnten Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Meistens seien Ordnung und Sicherheit sowohl in der Hauptstadt als auch auf dem Lande wieder hergestellt.

### Attentat auf den dänischen Ministerpräsidenten.

Gegen den Ministerpräsidenten Nestin Walden wurde eine Bombe geworfen, durch die dessen Handfläche und zwei Passanten verletzt wurden. Der Attentäter wurde verhaftet.

### Zusammenstoß zwischen Chinesen und Japanern.

Salsamtsch wird aus Weking gemeldet: Zwischen einem chinesischen Kanonenboot und der japanischen Garnison von Mitsalawot kam es zu einem Zusammenstoß. Einzelheiten fehlen noch.

### Die Saarregierung gegen die Erhöhung der Kohlenpreise.

Der Saarbrücker Staatsrat hat beschlossen, gegen die durch die französische Eruberverwaltung festgesetzte 100prozentige Kohlenpreiserhöhung eine Denkschrift auszusenden, die dem Völkerverbund überreicht werden soll.

Verurteilung ägyptischer Attentäter. Zwei Männer sind wegen des am 22. Februar auf den Landwirtschaftsminister verübten Attentats zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe „begnadigt“ worden.

## Von Nah und Fern.

### Schweres Automobillunf.

Breslau, 14. Juni. Wie die Blätter melden, fuhr ein Auto-Omnibus der Strecke Oppeln-Proslau gegen einen Baum und stürzte eine Böschung hinunter. Hierbei wurden 12 Personen schwer, zum Teil lebensgefährlich, verletzt. Das Unglück ist auf Versagen der Steuerung zurückzuführen.

### Heuschreckenplage in Spanien.

Madrid, 11. Juni. Nachrichten aus Logrono und verschiedenen benachbarten Orten besagen, daß ein großer Teil der Ernte durch Heuschrecken vernichtet ist. Die Bevölkerung hat den Kampf gegen die Heuschreckenplage aufgenommen, die weiter um sich greift.

### Auf eine Mine gestochen.

Neuwiedep, 11. Juni. (Niederländ. Telegr.-Agentur.) Das englische Schleppboot Bothwell, das den mit Salpeter beladenen Dampfer Santa Theresia schleppte, ist auf der Höhe von Terzshelling auf eine Mine gestochen und gesunken. 16 Personen sind ertrunken.

### Im Wirbelsturm gescheitert.

Philadelphia, 13. Juni. Das Schiff Clairaux Nr. 25, das der amerikanischen Handelsmarine gehört, scheiterte in einem Wirbelsturm auf dem Fluße Delaware. Von den 50 Mann der Besatzung kamen 4 um.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Müller, Nordbor-Verlag.  
Druck und Verlag: Verlag der Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.  
Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

# Wichtige Bekanntmachungen

## Sonderverteilung von Zwieback.

1. Marke 20 K. altem Lebensmittel. Reihe O.
  2. B 9 Sonderlebensmittel. f. über 6-12 Jahre alte Kinder.
  3. A 9 Sonderlebensmittel. f. Versorgungsberechtig. n. 12-18 Jahren.
  4. B 12 Sonderlebensmittel. f. Versorgungsberechtig. über 65 Jahre.
- Bei Paket Zwieback an 65 u. 85 Pfg. ohne Nachrecht. Markenabgabe: Verbraucher in den Nährmittelgesch. bis 15. 6. Kleinbändler an den Obmann 16. 6.

Bezugsartenentnahme Schulfraße 1. 16/6, wie üblich. Anschließend bei Lebensmittel-Versorgungs-Gesellschaft fragen, wann und wo Ware zu entnehmen ist. Warenentnahme durch Verbraucher bis 23. 6. Leipzig, 11. Juni 1920. Ernährungsamt I.

## Verwendung von Weizenmehl bei der Bereitung von Weizbrod.

Die Kreishauptmannschaft hat die Erlaubnis zur Verwendung von ungemischtem Weizenmehl bei der Bereitung von Weizbrod (Krankenweizbrod und Zwieback) bis zum 15. Juni 1920 verlängert. Leipzig, 12. Juni 1920. Ernährungsamt I.

## Ausgabe von Vollmilch an Versorgungs-berechtigte über 65 Jahre.

Die Bekanntmachung vom 7. Juni 1920 wird dahin geändert, daß die Versorgungsberechtigten über 65 Jahre von Montag, den 14. Juni 1920 an jeden Tag 1/2 Liter Vollmilch erhalten. Leipzig, 12. Juni 1920. Ernährungsamt II.

## Verlegung von Kartenstellen.

Am Montag, dem 14. Juni 1920, werden verlegt:  
1. Die Kartenstelle 28, bisher in Schleugis, Königsstr. 47 mit in das Zimmer der Kartenstelle 34 in Schleugis, Deisterstr. 13, 49, Volksschule.  
2. Die Kartenstelle 21a, bisher in Gohlis, Meubere Dalkische Straße 60, mit in das Zimmer der

Kartenstelle 20 in Gohlis, Elbestr. 1, 11a Volksschule.

3. die Kartenstelle 30, bisher in L-Anger, Karl-Bogel-Str. 1, mit in das Zimmer der Kartenstelle 31a in Sellenhausen, Brandiserstraße 14, 18, Volksschule.
  4. die Kartenstelle 21, bisher in Gohlis, Elbestr. 2, 4 (ohne Meubere Dalkische Str. 10/21 kommen) mit in das Zimmer der Kartenstelle 29 in Gohlis, Pariser Str. 4, 35, Volksschule.
- Die Kartenstelle 6h wird mit der Kartenstelle 6a, Molittestraße 56, 4, Volksschule, vereinigt. Leipzig, den 12. Juni 1920. R.-B. Der Rat der Stadt Leipzig.

# U.S.P.D. Groß-Leipzig

Dienstag, den 15. Juni 1920, abends 7 Uhr

## Parteiverammlung im Ganssoui, Elsterstraße.

Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben der Partei. Referent: Genosse Richard Lipinski. 2. Freie Aussprache.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller, zu erscheinen. Der Hauptvorstand.

## „Hoffnung“ Schönefeld

Unter Leitung von... Saale des Parthenerschloßes... Dienstag, den 15. Juni, abends 8-10 Uhr.

## F. S. J.

Dienstag, den 15. Juni, abends 7/8 Uhr: Große öffentl. Jugend-Versammlung im großen Saale des Volkshauses. Thema: Jugend u. Kommunismus. Referent: Hermann Weber, Berlin.

## Harry Graf Kessler

früher deutscher Geschäftsträger in Warschau... Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr im großen Saale des Zoologischen Gartens.

## Der polnische Staat u. die Arbeiterkräfte.

Eingeladene sind alle Einwohner Leipzigs, besonders aber alle abstammungsberechtigten Oberschlesier, Ost- und Westpreußen. Vortrag: Dr. Max Braun. Vereinigte Verbände heimatskranker Oberschlesier.

## Färben und Reinigen

billige, schnelle und erstklassige Ausführung. Mitteldeutsche Färberei und Reinigungsanstalt. Hauptannahmestelle: Härtelstr. 27. Tel. 15900. Annahmestellen: Berliner Straße 2, Kreuzstraße 28, Nürnberg Str. 24, Reichelstraße 11, Schletterstraße 14, Wintergartenstr. 12, Blumenstraße 52, Kleinzschocher: Siemensstraße 40 III, Schleugis: Brockhausstraße 30.

**Lachs** in Büchsen (Salin) Weißblechbüchsen, 1 Pfund Inhalt. 12.- pro Pfund. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. **Nährmittelfabrikation „Heros“** Hugo Kippermann Leipzig, Kuchengartenstr. 16, Tel. 4560. Großhandelserlaubnis vom 8. August 1916.

## Markenfreie Speise-Kartoffeln

in jeder gemischten Menge, per Zentner 23 Mt., ausgeteilt 26 Mt. Ausgabe Dienstag. Gemeindeverwaltung Anaußkleeberg.

# Leipziger Außenbahn-Aktiengesellschaft

Vom Mittwoch, den 16. Juni 1920, an treten auf den Außenbahnlinien folgende neue Fahrweise in Kraft:

Einzelfahrweise	Werktags		Sonn- u. Wochenfeiertags		Knisparten		Beurlaubungsarten	
	mit Fahrkartentritt bis 8 <sup>00</sup> abends	mit Fahrkartentritt von 8 <sup>00</sup> abends an	mit Fahrkartentritt bis 8 <sup>00</sup> abends	mit Fahrkartentritt von 8 <sup>00</sup> abends an	für 10 Fahrten, nur gültig an Werktagen mit Fahrkartentritt bis 8 <sup>00</sup> abends	für 10 Fahrten, nur gültig an Werktagen mit Fahrkartentritt bis 8 <sup>00</sup> abends	Monatskarten vom 1. Juli 1920 an	für 10 Fahrten, nur gültig an Werktagen mit Fahrkartentritt bis 8 <sup>00</sup> abends
Stille Hohlfah-Gaußig:								
Leipzig-Kaßowitz	80 Pfg.	110 Pfg.	100 Pfg.	130 Pfg.	1,30 Mt.	7,20 Mt.	30,00 Mt.	17,00 Mt.
Leipzig-Gaußig	110 "	140 "	130 "	160 "	1,60 "	9,90 "	37,00 "	22,00 "
Connwitz-Kaßowitz, Kaßowitz-Gaußig, Forsthaus-Böhl Döhl	50 "	80 "	70 "	100 "	1,00 "	4,50 "	21,00 "	12,00 "
Connwitz-Gaußig	80 "	110 "	100 "	130 "	1,30 "	7,20 "	30,00 "	17,00 "
Linie Hauptbahnhof-Gundorf:								
Leipzig-Böhl-Ehrenberg	50 "	110 "	100 "	130 "	1,30 "	7,20 "	30,00 "	17,00 "
Leipzig-Gundorf	110 "	140 "	130 "	160 "	1,60 "	9,90 "	37,00 "	22,00 "
Leipzig-Böhl-Ehrenberg, Böhl-Ehrenberg-Gundorf	50 "	80 "	70 "	100 "	1,00 "	4,50 "	21,00 "	12,00 "
Leipzig-Gundorf	80 "	110 "	100 "	130 "	1,30 "	7,20 "	30,00 "	17,00 "
Linie Hauptbahnhof-Schleugis:								
Leipzig-Stahmeln	80 "	110 "	100 "	130 "	1,30 "	7,20 "	30,00 "	17,00 "
Leipzig-Lüschena	110 "	140 "	130 "	160 "	1,60 "	9,90 "	37,00 "	22,00 "
Leipzig-Modewitz	140 "	170 "	170 "	200 "	2,00 "	12,60 "	44,00 "	27,00 "
Leipzig-Altscherbitz	170 "	200 "	210 "	240 "	2,40 "	15,30 "	52,00 "	32,00 "
Leipzig-Schleugis	200 "	230 "	250 "	280 "	2,80 "	18,00 "	60,00 "	37,00 "
Modern-Stahmeln, Stahmeln-Lüschena, Lüschena-Modewitz, Modewitz-Scherbitz, Altscherbitz-Schleugis	50 "	80 "	70 "	100 "	1,00 "	4,50 "	21,00 "	12,00 "
Modern-Lüschena, Stahmeln-Modewitz, Lüschena-Altscherbitz, Modewitz-Schleugis	80 "	110 "	100 "	130 "	1,30 "	7,20 "	30,00 "	17,00 "
Modern-Modewitz, Stahmeln-Altscherbitz, Lüschena-Schleugis	110 "	140 "	130 "	160 "	1,60 "	9,90 "	37,00 "	22,00 "
Modern-Altscherbitz, Stahmeln-Schleugis	140 "	170 "	170 "	200 "	2,00 "	12,60 "	44,00 "	27,00 "
Modern-Schleugis	170 "	200 "	210 "	240 "	2,40 "	15,30 "	52,00 "	32,00 "

Wegen Bauplanmängel müssen die bisherigen Fahrweise weiter verwendet und zu den angegebenen höheren Preisen verkauft werden. Bis zur Herstellung besonderer 10-Fahrten-Knisparten gelangen solche zu 12 Fahrten zur Verwendung, deren Verkaufspreis um den Betrag für zwei Fahrten erhöht worden ist. Knisparken sind in den bekannten Verkaufsstellen erhältlich. Gleichseitig werden die bis einschließlich 15. 6. 1920 ausgebenen Knisparken für den 30. Juni 1920 gekündigt und müssen bis zu diesem Zeitpunkt abgefahren sein, da Ersatz nicht geleistet wird. Leipzig, am 12. Juni 1920.

Die Direktion.

## Familien-Nachrichten

### Nachruf.

Unserm lieben Arbeitskollegen **Erich Probsthain** aus Göhren, der am 10. Juni durch Unfalltod auf diesem Welt sein junges Leben lassen mußte, rufen wir ein „Ruhe lauft“ in seine Ruhe Grub nach. Die Belegschaft der Grube Kraft II bei Deutzen.

### Nachruf!

Unserm lieben Mitglieb **Erich Probsthain** aus Göhren, welcher am 10. Juni auf Grube Kraft II bei Deutzen durch Unfalltod sein junges Leben aushauchte, rufen wir ein „Ruhe lauft“ und „Ruhe lauft“ in sein so frühes Grab nach. Er war ein treuer Anhänger unserer Organisation. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Räteorganisation für Bergbau des mitteldeutschen Braunkohlenreviers Ortsgruppe Deutzen.

## Frau verw. Johanna Emilie Rudolph geb. Jilge

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter. Ihnen wir es nicht unterlassen, allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlich zu danken. Besonders Dank Herrn Faktor Voigt für seine tröstlichen Worte am Grabe sowie Herrn Kirchhullehrer Wärs nebst Schülern für den Gesang, ferner dem Personal der Firma S. W. Geibel für Kranz und freiwillige Spende. Wiederholt, den 13. Juni 1920. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

# Groß-Leipzig U. S. P. D.

## Nachruf für die in den Märzämpfen gefallenen Genossen und Genossin.

(Nachträglich gemeldet.)

- Ortsverein Alt-Leipzig: Röhl, Julius, Tischler; Rechenbach, Hermann, Dreher; Oben, Mariha, Garnlererin; Sonntag, Ernst, Buchbinder; Stecher, Ernst, Metallarbeiter.
- Ortsverein L.-Stötteritz: Graf, Willi, Arbeiter.
- Ortsverein Plagw.-Lind.-Schl.: Reiche, Max, Friseur; Beyer, Theodor, Arthur, Arbeiter.

## Nachruf für gestorbene Mitglieder.

- Ortsverein Alt-Leipzig: Pauli, Louis, Tischler; Jäger, Franz, Maurer; Fronel, Joseph, Tischler; Koch, Friedrich, Maurer; Thormann, Gust., Kesselröhriger; Hontzo, Rohn., Steinmetz.
- Ortsverein L.-Ost: Röhl, Karl, Ratsarbeiter; Hoffmann, Elsa, Ehefrau; Wolswango, Richard, Kutscher.
- Ortsverein Stötteritz: Naß, Johann, Wilhelm, Arbeiter.
- Ortsverein Thonberg: Schmatloch, Johanna, verw.
- Ortsverein Plagw.-Lind.-Schl.: Dämmering, Friedrich, Töpfer; Koch, Willi, Photograph.
- Ortsverein Kleinzschocher: Wagner, Otto, Hugo, Masch.-Arb.; Dorn, Karl, Former.
- Ortsverein Großzschocher: Dietze, Oswald, Uhrmacher; Jähnert, Albin, Arbeiter.
- Ortsverein Leutzsch: Worms, Willi, Bademeister; Franko, Oskar, Maschinenarbeiter; Hermus, M., verw.; Prützel, Otto, Kutscher.
- Ortsverein Paunsdorf: Wittmar, Emilie, Ehefrau.
- Ortsverein Taucha: Schuster, Karl, Tischler; Schmidt, Friedrich, Märkthelfer.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied nach hartem Tobestampf mein guter, treuer, geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel.

## Heinrich Zappe

im Alter von 40 Jahren. In tiefstem Schmerze zeigt dies an L.-Gohlis, Meubere Dalkische Straße 130 **Berta Zappe geb. Schulze** im Namen aller Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch 11 Uhr von der Kapelle des Gohliser Friedhofes aus statt.

Nach langen qualvollem Leiden starb am Freitagabend meine liebe gute Gattin, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

## Margarete Hofmann

im Alter von 43 Jahren. Dies allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht. L.-Sibitzsch, Rub.-Damm-Str. 1, II. Der trauernde Gatte **Richard Hofmann** im Namen aller Hinterblieb. Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 4 Uhr, auf dem Größter Friedhof statt.

## Todesanzeige. Paul Fischer.

Leipzig, den 12. Juni 1920. Seine schwergeprüfte Gattin **Therese Fischer**. Einsetzung Dienstag, den 15. Juni, vormittags 11 Uhr. Blumen- und Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Juni.

Parlamentsangelegenheiten.

Groß-Deutsia.

Dienstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr. Parteiverammlung im Sankt-Nicolai. Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.

Stadtsordnungs-Fraktion.

Die Fraktionssitzung fällt heute aus und findet Mittwoch, nachmittags 1/2, Uhr statt.

Offizier. Mittwoch, den 16. Juni, abends 7 Uhr. Vertrauensmännerversammlung Grüne Aue, Bernhardtstraße 26.

Funktionäre Sankt-Nicolai. Morgen Dienstag, abends 6 Uhr, Sitzung in der Bibliothek, anschließend Sankt-Nicolaiverammlung.

Markranstädt. Sitzung des Wahlkomitees Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Freien Turnerschaft.

185 Millionen im neuen städtischen Haushaltplan ungedeckt.

Der Rat hat den Stadtverordneten eine Vorlage über neue Steuererhöhungen zugehen lassen, in der er schreibt:

Schon der Entwurf des Haushaltsplanes für 1920/21 weist einen Fehlbetrag von 110 Millionen Mark auf. Die Durchführung der Besoldungsreform, die drohenden Ausfälle bei der Straßenbahn, ferner die bei der Unsicherheit aller Verhältnisse trotz vorläufiger Berechnung zu erwartenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei den verschiedensten Konten bringen eine weitere Belastung von schätzungsweise 75 Millionen Mark, so daß insgesamt 185 Millionen Mark ungedeckt bleiben dürften. Dieser Fehlbetrag wäre an sich durch Einkommensteuer zu decken. Vom 1. April 1920 ab ist aber die Einkommensteuer auf das Reich übergegangen und die Gemeinden sind auf Ueberweisung von Anteilen aus der Reichseinkommensteuer angewiesen. Ihre Höhe steht noch nicht fest. Nun gewährleistet das Reich den Ländern und diese wieder den Gemeinden das örtliche Einkommen an Einkommensteuern, das vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 erzielt worden ist, zuzüglich einer Steigerung von 25 Prozent, das sind für Leipzig etwa 100 Millionen Mark. Inwieweit die Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuern auf 1920/21 nach dem Reichseinkommensteuertarif eine Erhöhung dieser Summe bringen wird, steht dahin. Mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert und die starke Steigerung aller Gehälter und Löhne wird vielleicht mit einem höheren Ertrag zu rechnen sein. Wir haben aber — und die städtische Staatsregierung hat dies bei der Aufstellung des Haushaltsplanes auch getan — um vorsichtig zu Werke zu gehen, lediglich den vom Reich gewährtesten Mindestbetrag eingelegt, da auf eine höhere Summe nicht mit Sicherheit gerechnet werden kann. Aber selbst wenn uns ganz erheblich mehr als 100 Millionen Mark als Reichseinkommensteueranteil überwiesen würden und der Haushaltplan sich im Laufe der Veranlagung noch günstiger gestalten sollte, so bliebe doch unter allen Umständen ein ganz bedeutender Betrag ungedeckt. Eine durchgreifende Minderung des Fehlbetrags könnte überhaupt nur durch einen Ausgleich der Vorkasse, Armen- und Schulden über das ganze Land hinweg oder deren Uebernahme auf den Staat erfolgen; freilich würde dann wahrscheinlich der von dem städtischen Staat den Gemeinden zu überweisende Anteil an der Reichseinkommensteuer entsprechend geringer ausfallen.

Bei dieser ungeliebten Sachlage und weil den Gemeinden vom 1. April 1920 ab keine genügende Einnahmequellen zu Gebote stehen, müssen wir vorläufig auf neue Steuern finnen und ihre Einführung nach Möglichkeit beschleunigen. Eine neue Steuerquelle, und zwar die hauptsächlichste, bietet sich den Gemeinden in einer Sonderbesteuerung der von der Reichseinkommensteuer freibleibenden Einkommensteile. Eine solche Steuer kann aber erst wirken, wenn die erste Veranlagung zur Reichseinkommensteuer erfolgt ist, also frühestens Anfang 1921. Weiter wird eine Gewerbesteuer zu erheben sein, deren völlige Uebertragung die Gemeinden für sich erstreben. Ein städtisches Gewerbesteuergesetz ist in Vorbereitung. Wir haben dazu bereits unsere Wünsche geäußert. Auch ist eine Reform der Grundsteuer zu erwarten. Ueber die genannten Steuern wird das Stadtverordnetenamt der städtischen Körperschaften seinerzeit Vorlagen unterbreiten. Das Reich wird den Gemeinden bei der allgemeinen Notlage weitere finanzielle Hilfe nicht gewähren können. Die Erhebung von Zuschüssen zur Reichseinkommensteuer ist den Gemeinden verweigert und der Reichsminister der Finanzen alle derartige Ersuchen grundsätzlich abgelehnt. Auch aus anderen Reichsteuern sind Ueberweisungen über das im Landessteuergesetz bestimmte Maß hinaus zu erwarten.

Vom Reich können die Gemeinden keine Hilfe erwarten, vielmehr hat der Reichsfinanzminister den Gemeinden nach

dem Schreiben des Rats mitgeteilt, die Gemeinden müßten das Gleichgewicht der Haushalte in dem engen Rahmen, den die allgemeine Not gebietet, herstellen.

Der Rat schreibt weiter:

Wir sind also, nachdem das Reich die direkte Besteuerung von Einkommen und Vermögen allein für sich in Anspruch genommen hat, auf ein sehr enges Gebiet von Steuerermöglichtkeiten angewiesen und müssen vor allem bereits bestehende Gemeindesteuern, die sich in der Praxis bewährt haben, auszubauen und zu erhöhen suchen.

Wir haben deshalb beschlossen,

die städtische Karten- und Lustbarkeitssteuer sowie die Miet- und Pachtwerksteuer zu erhöhen;

eine Erhöhung dieser beiden Steuern war auch ohne Rücksicht auf die Reichsfinanzreform beabsichtigt.

Die Sätze der Karten- und Lustbarkeitssteuer sind 1917 festgesetzt worden und entsprechen nicht mehr der seitdem eingetretenen Geldwertveränderung. In zahlreichen deutschen Städten ist gerade diese Steuer ganz bedeutend erhöht worden, so in Berlin, Dresden, Halle u. a. m. Da ein Reichsvergütungssteuergesetz zu erwarten ist, mit dessen Bestimmungen die Steuerordnungen der Gemeinden in Uebereinstimmung zu bringen sein werden, empfiehlt sich jetzt eine Herabsetzung der einzelnen Sätze in ihrem Verhältnis zu einander nicht. Wir halten für die Zwischenzeit die Erhöhung aller Sätze um 100 Prozent, für Radrennen um 200 Prozent und Pferderennen wegen der damit verbundenen Wettmöglichkeit um 300 Prozent für angebracht. Eine solche Erhöhung würde auf das Jahr gerechnet 2.870.000 Mk. erbringen, für das vom 1. Juli 1920 ab laufende 2. Jahr also rund 2.100.000 Mk. mehr. Die Karten- und Lustbarkeitssteuer hat in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 erbracht 3 Millionen Mk.; sie wird für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 bei Genehmigung der Vorlage erbringen rund 4.700.000 Mk.

Die Sätze der Miet- und Pachtwerksteuer sollen bei 8500 Mk. Mietwert 10 Prozent erreichen. Die Ermäßigungen für kinderreiche Familien will der Rat nur auf besonderen Antrag gewähren. Die Miet- und Pachtwerksteuer brachte im letzten Jahre 2 1/2 Millionen, durch die Erhöhung soll ihr Ertrag auf 6 Millionen gesteigert werden. Nach dem Ratsvorschlagn wäre auch für die Wohnungen mit 5000 Mk. Mietwert, die bisher steuerfrei waren, eine Steuer zu entrichten.

Das amtliche Gesamtergebnis im 32. Wahlkreis.

Am Sonnabend wurde in einer Sitzung des Wahlausschusses für den 32. Reichstagswahlkreis das amtliche Gesamtergebnis festgestellt: Wahlberechtigt waren 731.547 Personen; Wahlzettel wurden 10702 abgegeben. Davon waren 2015 Stimmentzettel ungültig. Von den 898.042 gültigen Stimmen entfielen auf:

Table with 4 columns: Liste (List), Partei (Party), Stimmen (Votes), Prozent (Percentage). Includes lists for Rechtssozialisten, Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Unabhängige, Deutschnationale, Kommunisten, and Deutschsozialisten.

Die abgegebenen Wahlzettel in die Gesamtheit der Wahlberechtigten eingerechnet ergibt, daß 93.490 Wähler der Urne ferngeblieben sind.

In der Stadtgemeinde Leipzig

waren 405.873 Wahlberechtigte vorhanden, darunter 4908 mit Wahlzettel. 886 Stimmentzettel waren ungültig. Von den 348.888 gültigen Stimmen entfielen:

Table with 4 columns: Partei (Party), Stimmen (Votes), Prozent (Percentage). Includes lists for Rechtssozialisten, Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Unabhängige, Deutschnationale, Kommunisten, and Deutschsozialisten.

Die Zahl der Nichtwähler in der Stadt Leipzig beträgt 58.121. Die Wahlbeteiligung im gesamten Kreis beträgt etwa 80%.

Da auf 60000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfällt, so erhalten die Unabhängigen 4, die Deutsche Volkspartei 2 und die Deutschnationalen 1 Mandat. Die Reststimmen werden dem

Verbandswahlleiter in Dresden überwiesen, der am Montag das Ergebnis der zusammengefaßten Reststimmen mitteilen wird.

Wahlverträge von Bedeutung sind nicht vorgekommen. Vereinzelt Wahlprotokolle weisen kleine Unvollständigheiten und geringfügige Formfehler auf. Ueber die Ungültigkeitserklärung von Stimmentzetteln liegen einige Zweifel vor, doch handelt es sich nur um einige vereinzelt Stimmen, die an dem Gesamtergebnis nichts zu ändern vermögen.

Gemeindevertreterkonferenz der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Am Sonntagvormittag fand im Volkshaus eine Konferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie statt. Von den 102 Gemeinden der Amtshauptmannschaft waren 37 Orte mit 110 Teilnehmern vertreten. Genosse Deuhardt eröffnete die Sitzung und wies auf die Notwendigkeit einer Ausprache hin. Hierauf referierte Genosse Kuytel über die Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten. Er führte etwa folgendes aus:

Die Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten durch das Gesetz ist eine Unmöglichkeit, denn die Besoldungsordnung ist nur dem Scheine nach angenommen, um bei den Wahlen die Beamten für den Regierungsbund zu gewinnen. Die Besoldungsklassen sind zwar von 65 auf 13 herabgemindert, aber die Differenzen um die Einordnung in die Klassen sind durchaus noch nicht gelöst. Für die Lehrer konnte eine Festlegung der Gehaltsklassen erfolgen nur unter der Voraussetzung, daß der Staat die Schullasten übernimmt. Gewiß sind die Gehälter der Gemeindebeamten ungenügend, und diese wollen durch gesetzliche Bestimmungen dem Kampfe mit den Gemeindevertretern aus dem Wege gehen. Aber es ist unmöglich, zwingende Bestimmungen zu schaffen. Wollte der Staat den Gemeinden die Beamtengehälter vorschreiben, dann müßte er auch die Kostendeckung übernehmen. Die Reform der Besoldungsordnung ist auf den Herbst verschoben worden. Es muß dahin gewirkt werden, die vielerlei nebenbei bestehenden Gehaltsaufstellungen wie Grundgehalt, Orts-, Teuerung- und Kinderzulagen zu beseitigen und dafür die Gehälter nach den Teuerungsverhältnissen einheitlich und übersichtlich zu regeln. Da die Kinderzulage für die Arbeiterklasse nicht durchzuführen ist, würde sie eine Begünstigung der Beamten darstellen.

Hierauf erfolgte die Ausprache zu diesem Punkte.

Genosse Lutzner-Markranstädt: Die Kinderzulagen der Gemeinden sind denen des Staates anzugleichen; die Gemeinden werden nicht darum herumkommen.

Genosse Koytel: Die Mittel zur Besoldung der Beamten nach Klasse A oder B können die Gemeinden nicht aufbringen. Der Streit um die Einreihung in die Besoldungsklassen ist jetzt nach 13 Jahren noch nicht entschieden. Wir müssen abwarten, wie sich die Dinge im Herbst gestalten werden.

Genosse Seger-Leipzig: Das ganze Gesetz müßte abgelehnt werden, denn erstens war es nur ein Räder zur Reichstagswahl, auf den die Beamten aber nicht anlassen, und zweitens soll das Gesetz die hervorzuhebende Stellung des Beamtenums in der kapitalistischen Gesellschaft festigen. Der erste Teil über das Grundgehalt und die Zuschläge ist vor der Wahl schnell verabschiedet worden, die Ausrichtung der richtigen Rangordnung bleibt dem zweiten Teile vorbehalten. In der Vorlage der Reichsregierung sind die Beamten eingeteilt in fünf Gruppen mit vielen Unterabteilungen; zuerst kommen natürlich die höheren Beamten, dann die mittleren und endlich das Heer der unteren Beamten. Der hierarchische Aufbau ist im Entwurfe beibehalten worden. Den Beamten muß gesagt werden: daß der Sozialismus nicht nur den Beamten, sondern jedem Gliede der menschlichen Gesellschaft die Existenz sichert durch das gesamte Eigentum der Gesellschaft.

Der Beamtenapparat war bisher auf ganz andere Verhältnisse aufgebaut. Die Mittel zum besondern Schutze der herrschenden Schichten müssen überhaupt abgelehnt werden. Die Gehälter der höheren Beamten sind unter den abwartenden Teuerungsverhältnissen nicht zu hoch; aber wenn 60.000 bis 80.000 Mk. für einen Beamten bewilligt werden sollen in dem Augenblick, wo zahlreiche Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, so kann es auf diese Weise nicht weitergehen. Für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten ist grundsätzlich die gleiche Bezahlung anzuerkennen; aber eine Besoldung nach Rangstufen im Sinne des Kapitalismus ist abzulehnen. Zunächst ist für alle Beamten ein Existenzminimum festzusetzen. Sodann muß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft eine weitere Steigerung erfolgen, aber nach Maßgabe der Leistungen, nicht der Rangordnung. Der Gedanke der Kinderzulagen ist nicht so verwerflich, wie es scheint. Eine Familie von 8 bis 9 Köpfen hat andre Bedürfnisse als eine kinderlose; ein Ausgleich ist daher berechtigt.

Genosse Deuhardt-Großschöcher: Die Durchführung der Besoldungsordnung scheitert an der Mittellosigkeit der Gemeinden, von denen viele jetzt schon nicht in der Lage sind, die Lehrgelöhner anzuzahlen. Die Notlage der Beamten muß anerkannt werden. Trotzdem muß die Besoldungsordnung grundsätzlich ab-

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Felben von William Malpeace Thackeray.

Bei seiner Rückkehr fand er sein Zimmer in Bereitschaft und seinen Koffer angekommen, und hätte bemerken können, daß Herr Bowles' Gesicht, als ihn dieser nach dem Zimmer begleitete, Ernst Verwunderung und Mitleid ausdrückte. Er dachte jedoch nicht an diesen. Er befragte nur die entzweiigte Verlegenheit, in der er war, sich in einem Hause voll aller Welber zu befinden, die Französisch und Italienisch plapperten und ihm Gedichte vorzählten, "Schändlich selbstgelesen", rief der schamlose Jüngling, der der mildesten ihres Geschlechts -- ist einer Briggs, -- wenn sie ihn anredete, nicht in die Augen blicken konnte, während er es mit dem letzten Schiffsführer im Rotwälsch aufgenommen haben würde.

Beim Essen erzählte James in einem hohen weißen Halotuch, unter dem er sich versteckte, und hatte die Ehre, Lady Jane in das Speisezimmer führen zu dürfen, während die Briggs und Herr Crawley ihnen folgten und die alte Dame mit ihrem Apparat von Windeln, Schals und Kisseln führten. Die Hälfte der Zeit, welche die Briggs am Tisch zubrachten, verging damit, daß sie es der Kranken bequem machte und für ihren fetten Schoßhund Hütnessfleisch zerhackt. James sprach nicht viel, bestand jedoch darauf, alle Damen zum Weintrinken auszufordern und nahm Herrn Crawleys Aufforderung an, eine Flasche Champagner, welche Herr Bowles ihm zu Ehren heraufzubringen beordert wurde, zu trinken, und genoss davon den größten Teil. Nachdem ihm die Damen zurückgegeben, und die beiden Cousins allein gelassen hatten, wurde Pitt, der Exdiplomate, äußerlich mittelteilig und offenerzig. Er erkundigte sich nach James' Laufbahn auf der Universität, nach seinen Ausichten im Leben, hoffte im Herzen, daß er es zu etwas bringen würde, und war mit einem Worte ungeziert und lebenswürdig. Doch der Portwein löste James' Zunge, und er erzählte seinem Better sein Leben, seine Ausichten, seine Schulden, sein Unglück im Examen und seine Prügelstunden mit den Rebellen, während er sich eifrig aus den vor ihm stehenden Flaschen einschenkte und mit munterer Lebendigkeit vom Portwein zum Madeira floß.

"Das größte Vergnügen, welches man meiner Tante machen kann," sagte Herr Crawley, "ist, daß ein jeder in ihrem Hause tut, was er Lust hat. Hier herrscht vollkommene Freiheit, James, und du kannst dem Fräulein-Crawley keinen größeren Gefallen

tun, als zu verlangen, wozu du Lust hast, und zu tun, was du willst. Ich weiß, daß ihr auf dem Lande höflich auf mich geblickt habt, weil ich ein Tory bin. Fräulein Crawley ist liberal genug für jeden. Sie ist in ihren Grundzügen eine Republikanerin und verachtet alles, was nach Rang oder Titel aussieht."

"Warum heiratest du dann eine Grafentochter?" fragte James. "Bedenke, lieber Freund, daß die arme Lady Jane nichts dafür kann, daß sie von guter Geburt ist," entgegnete Pitt mit der Miene eines Hofmannes. "Sie kann sich nicht erwehren, eine Lady zu sein. Ich bin übrigens ein Tory, wie du weißt."

"D was das betrifft," sagte James, "ist all' altes Blut doch immer das beste, verdammt mich. Ich bin kein Radikaler, ich weiß, was es heißt, von gutem Blute zu sein, verdammt mich. Sieh dir nur die Kerle bei einem Wettrennen an oder in einer Prügelei, ja selbst einen Hund, wenn er Ratten jängt. Wer gewinnt? Die von gutem Blute. Holen Sie noch etwas Portwein, Bowles, alter Junge, während ich mit dieser Flasche hier ein Wort spreche. Was habe ich gesagt?"

"Ich denke, du sprichst von Rattenjägern," bemerkte Pitt mit laafer Stimme, und reichte seinem Cousin die Flasche hin, um ein Wort mit ihr zu sprechen.

"Rattenjäger, Rattenjäger! Jawohl. Nun, Pitt, wenn du einen Spaß liebst, und einen Hund sehen willst, der Ratten fangen kann, und tot helfen dazu, so komm mit mir zu Tom Corburog in Castle Street und ich will dir einen solchen Rattenjäger zeigen, wie du -- Pah, Unflut!" rief James, in Gelächter über seine eigene Absurdität ausbrechend. -- "Du kümmerst dich nicht um Hunde oder Ratten, das ist alles Unflut, Gott segne mich, wenn ich glaube, du weißt, welcher Unterschied zwischen einem Hund und einer Ente ist."

"Nein, beläufig gesagt," fuhr Pitt mit erhöhter Freundlichkeit fort. "Du sprichst vom Blute und den persönlichen Vorzügen, welche die Menschen durch patrische Geburt erlangen. Hier ist die falsche Flasche."

zu machen. Ich konnte nicht. Mein Arm war in der Schlinge, so daß ich nicht einmal den Wagen hinführen konnte -- ein Weib von einer Stufe war erst zwei Tage vorher mit mir geflohen, als ich auf der Heide mit den Widdington-Hunden draußen war, und ich dachte, mein Arm sei gebrochen. Nun ich konnte ihn also nicht vornehmen. Richard hatte aber seinen Kopf im Augenblick heruntergehoben, stellte sich dem Kerl von Bonbury drei Minuten gegenüber, und warfte ihn in vier Hängen mit leichter Mühe ab. Gott wie er fiel. Brst! und was war es? Nur das Blut, mein Vieder, weiter nichts als das gute Blut."

"Du trinkst nicht, James," fuhr der Expathe fort. "In meiner Zeit ließ man in Oxford die Flasche ein wenig schneller herumgehen, als ihre jungen Burden zu tun scheint."

"Komm, komm," sagte James, den Finger an die Nase legend, und seinem Cousin mit weinverglänzten Augen zuwinkend. "Keinen Weib, alter Junge, keinen Unflut mit mir. Du möchtest mich ausziehen, aber es geht nicht. In vino veritas, alter Junge. Mars, Bacchus, Apollo vororum, he? Ich wollte, meine Tante gäbe mir etwas von diesem für den Allen. Es ist eine famos Eorte."

"Du würdest am Besten tun, sie dazu aufzufordern," fuhr Macclavell fort, "oder sehr deine Zeit so gut als möglich zu benutzen. Sagt nicht der Dichter: 'Nunc vino pellite curas, cras iterum ingenis iterabimus aequar.'" -- Der Bacchant zitterte die Stelle mit der Miene eines Parlamentsmitgliedes, und trank darauf mit einer ungeheuren Schwelung seines Glases beinahe einen Fingerhut voll Wein hinunter.

(Novellensatz folgt.)

Der Weg aus der Theaternot!

Von Fritz Viehweg, Direktor des Schauspielhauses. Die Theaternot hat schon viel Dunderschwärze gekostet, und wir sind erst am Anfang. Ein Theaterwinter steht vor uns mit unerhörten Erhöhungen und Verpflichtungen auf allen Gebieten, die den Theaterbetrieb angehen. Da heißt es handeln, nicht klagen! Mit dem Sparen allein ist es nun nicht mehr getan. Die Unkosten des hypanstatischen künstlerischen Betriebes sind schon fast so hoch, die Schwankungen der Einnahmen so groß, die Verantwortung so drückend, daß Kammerherren dazu geöhren, um Ruhe zu bewahren. Künstler haben keine Kammerherren; und um die Kunst geht es!

gefehlt werden, bis vom Reich oder Staat die Mittel dazu beschaffen werden.

Es folgen noch Ausführungen mehrerer Redner, die sich mit Einzelheiten der Vorlage oder Besonderheiten der Gemeinde beschäftigen.

Genosse Kasse: Die Vorlage sollte in zwei Tagen in der Kammer durchgelesen werden; das war unmöglich. Die Zeit bis zum Herbst muß dazu benutzt werden, das nötige Material für die Verhandlungen zusammenzutragen. Deshalb ist die Einsetzung einer Kommission zu begrüßen, die sich zusammensetzen soll aus 2 Vertretern der Stadtverordneten in Leipzig, 1 Vertreter einer kleinen Stadt, 2 Vertreter großer und 2 Vertreter kleiner Gemeinden. Außerdem wären hinzuzuziehen aus den Amtshauptmannschaften Grimma und Borna je 2 Vertreter der Gemeinden, die in den Leipzig Agitationsbezirk entfallen. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Ueber die Einverleibung von Wahren, Paunsdorf, Leutzsch und Großschlocher referierte Genosse Seger. Wir entnehmen seinen Ausführungen das Folgende:

Die Einverleibungsfrage hängt eng zusammen mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die Städte entstanden als Handelszentren, waren dementsprechend angelegt und planmäßig ausgebaut bis die Befestigung dieser Entwicklung Grenzen setzte. Die aufkommende Industrie konnte sich darum nur an der Peripherie der Städte ausbreiten. Die entstandenen großen Vororte drohten oft, die Städte zu überflügeln. Vom streng sozialistischen Standpunkte aus müßte der Anhaufung vieler Menschen auf engem Raum mit ihrer Verschärfung der sozialen Mängel entgegenzuwirken werden. Aber solange die Dezentralisation der Industrie noch nicht erfolgt ist, die Kulturerrungenschaften noch nicht auf Landgedrungen sind, stehen wir in der Praxis vor der Frage: Einverleibung oder Zweckverband? Die Frage ist nicht von vornherein und für alle Fälle mit ja oder nein zu beantworten, sondern es sind die Umstände zu prüfen, ob die wirtschaftliche und politische Notwendigkeit, die kulturelle Verbindung vorliegt. Die Erfahrungen der früheren Einverleibungen in die Stadt Leipzig ergaben, daß Verwaltungs- und verkehrstechnische Gründe, das Steuerwesen und die kulturellen Beziehungen die Einverleibung nötig machten, daß die Arbeiter die gesamten Nachteile auf sich nahmen, wenn die Vorortgemeinden sich der Einverleibung widersetzten. Es zeigte sich aber auch, daß die Arbeiterklasse sich nicht von leeren Redensarten beeinflussen lassen darf, sondern daß alle Dinge gewissenhaft geprüft werden müssen. Für die Einverleibung genügen aber nicht die übereinstimmenden Beschlüsse der zuständigen Kollegien, sondern es ist auch die Zustimmung des Ministeriums erforderlich. Die Abneigung der Amtshauptmannschaft gegen die Städte hat einen politischen Untergrund. Heute werden andre Gründe vorgebracht: die großen Feuerkräftigen Gemeinden dürfen der Erhaltung der Bezirksinstitutionen nicht entzogen werden. Aber in den meisten Fällen ist der Stadt eine Abfindungsumme auferlegt worden, die die Beiträge der Gemeinde auf Jahrzehnte erhöht, außerdem müssen in Zukunft die Bezirksverbände staatlichen Zuschuß erhalten, denn die lokale Fürsorge ist eine Sache des Reiches. Dann ist die Frage der Zweckverbände hineingeworfen worden. Es würde sich sehr bald herausstellen, daß der Zweckverband den Anforderungen nicht genügt. Aus der Denschrift über die zukünftige Gemeindeverfassung ist ersichtlich, daß die Verwaltungsbezirke neu eingeteilt werden müssen, und dafür haben die Genossen zu wirken. Die größten Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaft sollen durch die Stadterweiterungsämter beschritten werden. Der nötige Ausgleich zwischen Stadt und Land ist ein Ziel für die Zukunft.

In der folgenden Aussprache berichtet Genosse Denhardt über die Stellungnahme des Bezirksausschusses. Der Amtshauptmann habe die Verhältnisse der Stadt als nicht ruffig geschildert. Die Ausbeziehung bedeute eine finanzielle Schwächung der Bezirke. Die Stellungnahme sei zurückgestellt worden, bis die Erkundungen über die Zweckverbände in Berlin vorliegen. Demgegenüber vertritt Denhardt den Standpunkt, daß die Regelung und Erhaltung der Lebensfähigkeit der Bezirke eine Sache des Staates ist. Die Gemeinden werden sich mit ihren Bedingungen der zukünftigen Entwicklung nicht in den Weg stellen.

Die Genossen Seichter, Lindenthal, Hofmann, Wahren und Krieg-Paunsdorf treten für die Einverleibungen ein. Dagegen machen die Genossen Lunger, Markgraf, Ruder, Großschlocher, Kögel, Thelma und Ludwig, Böllig, Ehrenberg ihre Bedenken um die Erhaltung des Bezirkes geltend. Nicht der Zweckverband zwischen einzelnen Gemeinden, sondern zwischen Stadt und Land muß erstrebt werden.

Genosse Warden-Gaush hat die Verhältnisse des Zweckverbandes Groß-Berlin miterkundet, die sich auf Leipzig gar nicht anwenden lassen. Dort liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt: die Gemeinden sträuben sich gegen eine Einverleibung an Berlin.

In seinem Schlußwort geht Genosse Seger auf die Einwendungen gegen die Einverleibung ein. Es handelt sich nicht um irgend welche Sonderinteressen, sondern um den Weg, der der Arbeiterklasse den größten Vorteil bringt. Der Hinweis auf die staatliche Unterstützung der Bezirke ist kein Wechsel auf die Zukunft. Die Amtshauptmannschaft ist in jeder Beziehung auf die Stadt angewiesen. Der Schaden des Bezirkes muß auf irgendeine Weise ausgeglichen werden, doch das ist eine Sache der Verhandlungen, nicht des Prinzips.

Genosse Scheib machte zum Schluß den Vorschlag, daß alle Gemeindevertreter ein Mitglied des Finanz- oder Verwaltungsausschusses dem Sekretariat melden, damit alle Gemeinden bei den weiteren wichtigen Beratungen vertreten sind. Der Vorschlag findet Zustimmung.

Die Schwankungen der Einnahmen! Das zwingt uns, still zu stehen. Die Spekulation in Kunst! Das ist es! Sie hat von jeher die Kraft der empfindsamsten Theatermänner gebrochen. Unterelegen sich selbst, das gemeinste aller Laster, irrt und ganz auf. Deshalb keine Theaterkultur, deshalb diese elende Dialekt, dieser Wirrwarr, der uns umschmeißt. Darum heraus aus der Spekulation, heraus um jeden Preis! Es geht nicht nur um die Theater, es geht auch um die Kultur! Es wird kein Kulturtheater mehr geben, wenn es sich nicht auf eine feste Gemeinde stützen kann.

Darum: Gründet Theatergemeinden!

Wie macht man das? Wie gründet man zum Beispiel die Theatergemeinde Schauspielhaus? — Aus der Erwägung heraus, daß jeder leere Platz im Theater jeden besetzten verteuert, bestimmen wir: Es darf niemals auch nur ein Platz leer sein! Es darf nicht sein! Wir brauchen 18 000 Besucher, um das Schauspielhaus drei Wochen lang zu füllen. Diese rechnen 125 Mark (gelbes, nicht gleich zahlen!), kaufen für das ausgebrachte Geld die Bühne und was dazu gehört (3 Wohnhäuser, Fundus usw.), und sind Herr im eigenen Hause!

Was ergibt sich? Es ergibt sich: 1. daß wir mittelreich wohnen, da wir alle Hypotheken und zinsenfreien Belastungen abstosen. 2. daß wir, die Eigentümer, zum Selbstkostenpreis (nicht gebunden an Tag und Platz) im Theater sitzen, der halb so hoch sein wird, als er im nächsten Jahre sein müßte, halb so hoch wie die Fremdenpreise, die Fremde (Mitglied der Theatergemeinde) zahlen müßten. Wer setzt den Selbstkostenpreis fest? Der von der Theatergemeinde gewählte Finanzausschuss. Die steht es mit unfernen 125-Mark-Anteil? Der Anteil kann nach Mindestanzahlung von 20 Mark in beliebigen großen Zeitabschnitten im Laufe von zwei Jahren gezahlt werden. Der Anteil geht nicht verloren, er steht in den Grundstücken und dem Theaterfundus; der Anteil kann übertragen, vererbt und zur Mitbestimmung aufgeschlüsselt werden. — So gründet man eine Theatergemeinde.

Gründet Theatergemeinden! Gründet die Theatergemeinde Schauspielhaus! Helft uns, helft auch, helft dem Lande, daß

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 16. Juni, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über eine Eingabe wegen Anweisung eines Schulzimmers oder Schulhofs als Spielplatz an den Verein „Mit-Leipzig der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, über eine Eingabe wegen der Schließung von Bedürfnisanstalten, über Eingaben wegen der Straßenbahn-Schließarten und wegen der Straßenbahn-Fahrpreise, über eine Eingabe wegen Beschaffung von Arbeit für die Kleiderwerke Leipzig, über die weitere Erhöhung der Einnahmen, über Eingaben wegen Einführung der Gemeindefreiheit beim Schornsteinfeger und der Bekämpfung dieses Gewerbes, über den Antrag des Stadtverordneten Schöning und Genossen wegen Gründung eines Ortsklubes nach den Richtlinien des Ministeriums vom 3. Mai 1920, über die Errichtung von Klein-Balkongasanlagen für die Gaswerke Lindenau und Sellaerhau.

Verdienste Auszeichnung. Der deutschnationale Professor Dr. Bennewitz, Stadtrat und Jugendleiter in Leipzig, hat neben dem Toten Schneider und den Hühnern Klemm und Schurig, sowie dem Obersekretär Dohst das preussische Verdienstkreuz für Kriegsverdienste erhalten. Sicherlich hat Dr. Bennewitz das Verdienstkreuz verdient, wenn es ein Verdienst ist, daß er als Arbeiter nach Kräften für den Krieg gewirkt hat. Herr Dr. Bennewitz ist ja auch nicht ohne Verdienst um die Zeitfreiwilligen, wofür er allein schon ein Verdienstkreuz verdient. Wer aber hat denn dieses Verdienstkreuz verliehen? Etwa ein sozialistischer Minister aus dem Preußenlande?

Ein Denunziantenklad. Wie festgestellt werden konnte, hat der Buchhalter Peiner von der Großen Leipziger Straßenbahn in den Tagen des Kampfes einen Revolutionskämpfer wegen seiner Beteiligung an den Kämpfen der Polizei denunziert, so daß dieser längere Zeit in Unterlockungshaft saß. Der Herr war auch Angehöriger der Zeitfreiwilligen. Es wird vor diesem Mann gewarnt.

Eine Nichtigkeit. In dem Inserat in der vorigen Sonnabendnummer über die Fahrpreise der Leipziger Abendbahn-Verein-Gesellschaft ist verkehrt die Preisabelle nicht richtig eingeklebt worden, so daß die Fahrpreise falsch angegeben sind. Die in der heutigen Nummer angegebenen Preise sind richtig.

Elternratswahl in Sellaerhau. Bei der Elternratswahl in der 8. Volksschule am 11. Juni wurden von 2220 Stimmberechtigten 898 Stimmen abgegeben. Auf die Liste Jiskau, U. S. P., fielen 408 Stimmen und auf die Liste Wina, Vereinigung christlicher Eltern, fielen 390 Stimmen. Liste Jiskau ist demnach gewählt.

Elternratswahl in Leutzsch. Am Sonntag, dem 13. Juni, fand in Leutzsch die Elternratswahl statt. Wahlberechtigt waren insgesamt 2332 Personen, abgegeben wurden 1228 Stimmen = 53%. Auf die Liste der U. S. P. entfielen 850 und auf den Reichlichen Landesbund 378 Stimmen. Ungültig 2 Stimmen. Da nach dem Mehrheitsprinzip gewählt wurde, ist nur die Liste der U. S. P. gewählt.

Elternratswahlen. 18. Volksschule (Konradstraße): Sonnabend, den 10. Juni, Vorschläge, von 5 Antragstellern unterzeichnet, enthaltend mindestens 9, höchstens 12 Namen, sind bis 15. Juni bei der Schulleitung einzureichen. 38. Volksschule: Montag, den 21. Juni, abends 6-8 Uhr, in der Turnhalle. Wahlvorschläge, unterzeichnet von Elternführer und zwei weiteren Personen, sind bis 15. Juni an den Schulleiter einzureichen. 48. Volksschule: Dienstag, den 15. Juni, abends 6 Uhr, im Schulsaal. Als Ausweis dient der Wohnungsmeldschein. 49. Volksschule: Sonnabend, den 19. Juni, nachmittags 4-7 Uhr. Wahl- und Wählerlisten liegen am 14. und 15. Juni, abends 6-8 Uhr, in der Schule zur Einsichtnahme aus. 51. Volksschule: Sonnabend, den 19. Juni, nachmittags 5-8 Uhr, im Schulgebäude.

Elternabende. 1. Volksschule: Mittwoch, den 16. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal: 1. Die Grundlagen für ein Zusammenwirken von Schule und Haus (Lehrer Hohen); 2. Bildung eines Ausschusses für die Elternratswahl. 3. Volksschule: Mittwoch, den 16. Juni, abends 6 Uhr, im Schulsaal (Konditorei): Aufgaben der Elternräte; Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Elternratswahl. 4. Volksschule: Dienstag, den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des „Eisbaums“: 1. Die weltliche Schule (Schulleiter Friedemann); 2. Vorbereitung der Elternratswahl. 38. Volksschule: Mittwoch, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Schullehrerzimmer: Die weltliche Schule (Lehrer Kluge). 39. Volksschule: Dienstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, im Schulsaal: 1. Aus der Lebenskunde (Lehrer Kluge-Leusch); 2. Freie Aussprache. — Montag, den 21. Juni, abends 6 Uhr, im Schulsaal der 47. Volksschule, Leipzig-Plagwitz, Elisabethallee 20: 1. Ueber die Aufgaben der Elternräte (Herr Lehrer A. Böhme); 2. Bildung eines Ausschusses für die Elternratswahl.

Kostenkarten für Untermieter. Die Vordrucke für Anträge auf Untermieterkostenkarten werden vom 15. Juni ab in den städtischen Kartenstellen ausgeben. Sie sind sorgfältig vom Vermieter und von dem oder den Untermietern anzufüllen, zu unterschreiben und sodann umgehend bei dem Kostennam, Gerberstraße 3, I. — Zimmer 10 — abgegeben oder mit der Post einzuliefern. Für jeden Haushalt ist nur ein Antrag zu stellen, auf welchem sämtliche Untermieter anzuführen sind. Ein sofortiger Bescheid kann in jedem Falle erteilt werden; es ist vielmehr zunächst eine Prüfung des Antrages erforderlich. Wird auf den Antrag dem Vermieter bis zum 31. Juli kein schriftlicher Bescheid zugelangt, so kann der Vermieter oder eine von ihm beauftragte Person die bewilligte Untermieterkostenkarte gegen Empfangsbekundigung unter Vorlegung des grünen Kostenausweises und des oder der Wohnungsmeldscheine der Untermieter bei dem Kostennam — Zimmer 10 — während der Vertretungstunden von 7-8-1 Uhr abholen. Die Ausgabe erfolgt im August. Der genaue Zeitpunkt der Ausgabe wird noch bekanntgegeben. Etwas Eingehende wegen der Forderung sind erst nach dem 1. September schriftlich bei dem Kostennam anzubringen. Die arbeitslosen Untermieterkostenkarten sind als

Gründet die Theatergemeinde Schauspielhaus! Holt euch dazu den Anlauf zu ihrer Gründung! Macht den Anfang!

Für Leute zu diesen bemerkenswerten Ausführungen nur ein paar Worte.

Wenn nicht alles trägt, birgt der finanzielle Zusammenbruch, so vieler Theater in sich den Keim zur künftigen Sozialisierung der Bühnen. Die Pläne zu einer radikalen und sofortigen Kommunalisierung, wie sie im Anfang der Revolution hoffnungsvoll aufgetaucht, wurden von der allgemeinen Reaktion sehr bald verschlungen. Die Anteilnahme als Grundlage einer Theatergemeinde bedeuten nun einen Schritt in der Richtung zur wahren Volksbühne. Als weiterer Schritt wäre nötig das Mitbestimmungsrecht der Gemeinde, zunächst was den Spielplan betrifft. Und hier wäre nun, vielleicht indem man die Theatergemeinde durch die größere Gemeinde, durch die Stadt, ersetzt, die Möglichkeit gegeben, jenen künstlerischen Rat einzurichten, von dem vor einem Jahre hier die Rede war, und der die Aufgabe hätte, das künstlerische und kulturelle Niveau aller Theater zu überwachen. Solange sich die Leitung der Stadt faktisch in den Händen der kapitalistischen und kapitalistisch interessierten Kreise befindet, ist es ja durchaus nötig, die sogenannte Verhinderung zu verhindern und sich mit einem Uebergangszustand zu begnügen, bei dem die Entscheidung womöglich den großen Organisations- oder Verwaltungsausschüssen — seien es wirtschaftliche, politische oder Bildungsorganisations — so wird, auf der Grundlage einer maßgebenden Öffentlichkeit, die das Recht und die Pflicht hat, ihrem kulturellen Ueberbau selber das Gepräge zu geben, die Vorarbeit geleistet für eine, erst später mögliche und auch erst später wünschenswerte, völlige Kommunalisierung.

Der materielle Kredit des Schauspielhauses kann nur gewinnen, wenn es sich bei der Neubildung mindestens aus dem Kreise der Anteilhaber einen solchen Beirat schafft. Jede dieses Beirates wäre es dann, der Persönlichkeit Bleibweg auf Grund künstlerischen Vertrauens allen erdenklichen Spielraum zu gewähren, oder ihm und sich selbst die Verantwortung durch freigelegte Sachverständige zu erleichtern.

dem Haushalte des Vermieters zugrunde zu legen, und die Kosten bezogenen Vermittlungsstellen nur in diesem Ausmaß für den oder die Untermieter verwendet werden. Beim Verzuge des Untermieters verbleibt die Untermieterkostenkarte dem Haushalte des Vermieters, sofern derselbe weiter vermietet, andernfalls ist die Kostenkarte dem Kostennam unverzüglich zurückzugeben. Bezüglich der Untermieterkostenkarte ist mit dem neuen Vermieter anzunehmen, vorausgesetzt, daß für den Haushalt dieses Vermieters nicht schon eine Untermieterkostenkarte vorhanden ist. Bei allen Zuschriften von Untermietern an das Kostennam ist stets der Name der Vermieter anzugeben.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Am 10. Juni wurde im Tübchenweg ein Brand, dessen Ursache auf Zurückschlagen der Gasflamme zurückzuführen ist, rechtzeitig unterdrückt. Ein Brandbrand A 0 8 1 wurde von der Feuerwehr unter Zuhilfenahme einer Schlauchleitung in 1/4 Stunde erledigt. Ferner war in einem Kesselhause Sebastian-Bach-Straße Holz und dergleichen in Brand geraten, dieses wurde mit einer Schlauchleitung bald gelöscht. — Am Sonntag nachmittag wurde die Hauptwache zu einem Waldbrand nach der Harth alarmiert. Die freiwilligen Wehr Zwenkau und Spaziergänger hatten in dessen den Brand schon unterdrückt. Die Brandstifter, vier junge Burschen, konnten bingest gemacht werden.

Schlachthof, Schanau II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4,50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

### Lebensmittelliste für Dienstag, den 15. Juni.

Für Haushaltungen.  
Anmeldung, Zweiback: Lechter Tag — abzugeben 20 K der Lebensmittelkarte Reihe O, B 9 der Sonderlebensmittelliste für sechs bis zwölf Jahre alte Kinder, A 9 der Sonderlebensmittelliste für Versorgungsberechtigte von 12-18 Jahren, B 12 der Sonderlebensmittelliste für Versorgungsberechtigte über 65 Jahre (je ein Paket).  
Ausgabe, 39. Kartenausgabe: Nr. 1-200.  
Lebensmittellisten und -bezugsscheine für Schantwirtschaften usw.: Ausgabe Stadthaus, Unterhofhof, Zimmer 622, Buchstaben J-Q.  
Faserhoden: Lechter Tag — bestellt mit 3 B und K der Lebensmittelkarte Reihe O (250 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 1 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarktsfleisch 8 1-5 (100 Gramm).  
Nährmittel für Säuglinge und Schwangere: Warenentnahme durch die Verbraucher.

Für Händler.  
Büchsen- oder Kuebelmilch: Abholung in der Städtischen Molkerei Nr. 301-300 des blauen Milchhausweises.  
Kartoffeln: Abgabe der Bezugskarten (Ka 223) durch die Kleinnerteiler.  
Schweinefleisch: Bezugskartenablieferung durch die Buttergroßhändler.  
Süßstoff: Abholung in der Apotheke und Humann & Co.

### Polizeinrichten.

Unfall. Am 10. d. M., nachmittags 6 Uhr, ist eine 57-jährige Witwe von hier auf der Treppe zur unterirdischen Bedürfnisanstalt am Rathausring so unglücklich zu Falle gekommen, daß sie den rechten Unterschenkel brach. Sie fand sofort Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob.

Vorfall im Verkehr mit Wecheln. Ein Elektromonteur, der mit gedruckten Briefbogen aus seinem früheren Geschäft als Inhaber eines Installationsgeschäftes auftrat, kaufte hier einen Elektromotor im Werte von 18000 Mk., zahlte 3000 Mk. in bar und den Rest in einem Wechsel über 15000 Mk. Den Motor verkaufte der Gauner sofort für 8000 Mk. weiter. Da er sehr schickig und mittellos ist, wird der Wechsel niemals eingelöst werden.

Warnung vor alzu heftigen Reisesäheren. Einer jungen Dame, die von Magdeburg nach Prag hier durchreiste, aber einige Stunden Aufenthalt hatte, erbot sich ein Reisesäher, ihre Reisetage einzuwickeln zu halten, während sie sich an der nächsten Auskunftsstelle im Hauptbahnhof eine Auskunft holen wollte. Als das junge Mädchen zurückkam, war der ganz in der Nähe zurückgebliebene Reisesäher mit dem Namen Franziska Erb ein ihm unbekanntes Kleid, ein grünwollenes Kleid und Wasche entliehen, verschwunden. Der Gauner ist etwa 28 bis 28 Jahre alt, 1,66 bis 1,70 Meter groß, unterseht, hatte volles rundes Gesicht, schwarze Haare und trug einen Uster aus selbgraumem Stoff.

Ein rüchschlosener Radfahrer. Am 2. d. M. vormittags nach 10 Uhr hat ein vom Kopfplatz in die Sternwartenstraße einbiegender Radfahrer ein 7-jähriges Mädchen ungeriffen und ist mit seinem Rade über die Beine des Kindes gefahren. Ohne sich um dieses zu kümmern, ist er nach Aussage eines Zeugen in demselben sehr schnellen Tempo, in dem er ankam, weitergefahren. Das Kind war nicht im Stande, sich selbst zu erheben und zu geben; es mußte nach der in der Nähe befindlichen elterlichen Wohnung getragen werden. Zeugen des Vorfalles wollen sich recht bald bei der Kriminalabteilung melden.

Durch einen Personentransportwagen tödlich verletzt worden ist am 18. Mai d. J., nachmittags nach 4 Uhr, ein 10 Jahre alter Knabe aus der Torgauer Landstraße, in der Nähe des nach Schönfeld führenden Pfaffenweges. Es sollen sich, als das Unglück geschehen war, zwei Radfahrer, sowie eine Anzahl Gartenbesitzer aus den rechts und links der Straße gelegenen Gärten am Unfallorte eingefunden haben, unter denen auch Zeugen des Vorfalles gewesen sein sollen. Jeder, der zur Aufklärung dienliche Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalabteilung bezw. der nächsten Polizeiwache zu melden.

Geftonnen wurde am 9. d. M. ein in der Konradstraße wohnender Schuhmacher, der die Absicht geäußert hatte, eine Frau, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, das aber von ihr gelöst worden war, aus Rache zu erschließen. Bei seiner Durchsuchung fand man einen Dolch, sowie eine mit selbstgefertigten Dum-Dum-Geschossen geladene Amepistole. Der Mensch sollte den Beamten, die ihn nach der Polizeiwache bringen wollten, heftigen Widerstand entgegen.

Geborgene Kindesleiche. Am 2. d. M. war ein im 4. Lebensjahr stehender Knabe aus der Gustav-Adolf-Straße beim Spielen in die alte Elster gefallen und ertrunken. Er war bisher nicht gelungen, die Leiche aufzufinden. Erst am 9. d. M. wurde sie an der Ueberführung der Thüringer Eisenbahn aus der Luppe gezogen und geborgen.

### Sächliche Angelegenheiten.

Der Stand des Siedlungswesens in Sachsen.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse gab Oberregierungsrat Dr. Ruch Aufschlüsse über den Stand des Siedlungswesens und die Tätigkeit der Landesiedlungsgesellschaft Sächsisches Heim. Auf Grund des Reichswohnungs-gesetzes, des Erbaurechts-gesetzes und der Verordnungen über die Wohnungsnot hat der sächsische Großgrundbesitz 37 000 Hektar Land abzugeben, so daß die Möglichkeit, Land zu beschaffen, besteht. Große Schwierigkeiten entstehen jedoch infolge des Kohlenmangels bei der Beschaffung von Baustoffen, deren Preise außerordentlich gestiegen sind. Die Arbeitslöhne machen 75 v. H. der Baustoffen aus. Eine Kleinwohnung von etwa 70 Quadratmeter ist nicht unter 80 000 bis 100 000 Mk. herzustellen, das ist das Zwanzigfache des Friedenspreises. Erziehungskosten sind wegen des großen Mangels an Zement, der ungeheuren Holzpreise schwer verwendbar. Bessere Ergebnisse sind mit dem Lehmbau erzielt worden, wobei wenigstens Kohle erspart wird.



